

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Auf der vierten Tagung der Vollversammlung	1
Die Lehren des Budapester Prozesses	3
A. LEONTJEW — Die Enthüllung des Balkanplans des USA-Imperialismus	5
L. BESYMENSKI — Der westdeutsche Marionettenstaat	11
N. SERGEJEW — Die Währungsabwertung in den kapitalistischen Ländern	15
In den Ländern der Volksdemokratie	17
Internationale Umschau (Notizen)	19
W. KRYLOW — Nach vier Jahren (Brief aus Tokio) .	23
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen: Die BBC bescheinigt ihren eigenen Bankrott	28
Chronik der internationalen Ereignisse	31
Beilage: Über die Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und den Abschluß eines Fünf- mächtepakts zur Festigung des Friedens. Rede A. J. Wyschinskis, gehalten in der Plenarsitzung der UNO-Vollversammlung am 23. September 1949.	

Nr. 40
Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Auf der vierten Tagung der Vollversammlung

Die ANTRÄGE, die das Haupt der Sowjetdelegation, A. J. Wyschinski, im Auftrag der Sowjetregierung auf der am 20. September in New York eröffneten 4. Tagung der UNO-Vollversammlung einbrachte, sind ein neuer Beitrag der sozialistischen Großmacht zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit. Die Sowjetdelegation schlug vor:

Erstens: Die in einer Reihe von Ländern, insbesondere in den USA und in Großbritannien, betriebene Vorbereitung eines neuen Krieges zu verurteilen, die zum Ausdruck kommt in der von den Regierungen geförderten Kriegspropaganda, im Wettrüsten und in der eine schwere Belastung der Bevölkerung darstellenden Aufblähung der Militärhaushalte, in der Schaffung zahlreicher Land-, Marine- und Luftflottenstützpunkte auf den Territorien anderer Länder, in der Organisation von Kriegsblocks der Staaten, die den friedliebenden demokratischen Ländern gegenüber aggressive Absichten verfolgen.

Zweitens: Die Ausnutzung der Atomwaffe und anderer Mittel zur Massenvernichtung von Menschen als dem Gewissen und der Ehre der Völker widersprechend und mit der Zugehörigkeit zur UNO unvereinbar zu erachten, es als unzulässig zu betrachten, daß die Ergreifung praktischer Maßnahmen der UNO zum unbedingten Verbot der Atomwaffe und zur Herstellung einer entsprechenden strengen internationalen Kontrolle weiter verzögert wird.

Der dritte Teil des Antrags lautet: „Die Vollversammlung ruft alle Staaten auf, ihre Streitigkeiten und ihre Differenzen mit friedlichen Mitteln beizulegen, ohne zur Anwendung von Gewalt oder zur Drohung mit Gewalt zu greifen. Unter Hervorhebung des unbeugsamen Willens und der Entschlossenheit der Völker zur Verhütung einer neuen Kriegsgefahr und zur Gewährleistung der Erhaltung des Friedens, die sich in der mächtigen Volksbewegung für den Frieden und gegen die Kriegsbrandstifter in allen Ländern offenbaren, und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und

der Sicherheit fünf Mächten, und zwar den ständigen Mitgliedern des Weltsicherheitsrates, obliegt, äußert die Vollversammlung einstimmig den Wunsch, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, China, Frankreich und die Sowjetunion zu diesem Ziel ihre Bemühungen vereinen und untereinander einen Pakt zur Festigung des Friedens abschließen.“

Die große Bedeutung dieser Anträge der Sowjetunion ist ganz offensichtlich. Sie sind unmittelbar auf die Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker gerichtet. Deswegen fanden die Sowjetanträge lebhaftesten Widerhall im Lager der Anhänger des Friedens und volle Unterstützung der Volksmassen in allen Ländern.

Im Lichte der Sowjetanträge wirken die Bemühungen des englisch-amerikanischen Blocks, die auf die Unterminierung der UNO, auf die Zerstörung ihrer Grundpfeiler und auf ihre Verwandlung in ein Werkzeug imperialistischer Pläne gerichtet sind, noch abstoßender.

In der Tat: mit welchem Gepäck sind die Vertreter Washingtons und Londons zur Vollversammlung erschienen? Das Haupt der USA-Delegation, Staatssekretär Acheson, schlägt der Vollversammlung erneut — zum wievielten Male schon! — vor, den schmutzigen Sud der Balkankommission und der Koreakommission, die unter Verstoß gegen die Satzung aufgezogen wurden, wiederzukäuen. Er fordert zu widerrechtlicher Einnischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns, Bulgariens und Rumäniens auf, wobei er sich auf das Gefabel von einer „Verletzung der Religionsfreiheit“ in diesen Ländern beruft. Dafür hätte der USA-Staatssekretär die UNO in bezug auf derart wichtige Probleme wie das Verbot der Atomwaffe und die Rüstungsbeschränkung offensichtlich gerne zu Untätigkeit verurteilt. Acheson umgeht sorgfältig die Frage des Verbots der Atomwaffe und trachtet erneut danach, unter der Flagge einer „internationalen Kontrolle“ die USA-Herrschaft auf dem Gebiet der Atomenergie zu errichten. Was die Rüstungsbeschränkung angeht, so bestünden, einer Erklärung des Hauptes der USA-Delegation zufolge, gegenwärtig „keine

unmittelbaren Aussichten auf Erzielung eines generellen Abkommens“.

Mit anderen Worten: die USA-Delegation möchte gern, daß die UNO ihre Augen vor dem rasenden Weittrüsten verschließe und zu einer spanischen Wand werde, hinter der die Monopolherren der Wall Street ruhig ihre Geschäfte tätigen könnten. Zu diesem Zweck wird erneut die Abstimmungsmaschine in Gang gesetzt, um Beschlüsse durchzupeitschen, die den USA-Imperialisten genehm sind. Die UNO zu einem Werkzeug des gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie gerichteten imperialistischen Kurses zu machen, das ist das Ziel, das die Herren der Washingtoner und Londoner politischen Küche — die kapitalistischen Monopole, die der ganzen Welt ihren Willen aufzwingen wollen — ihren Köchen gesteckt haben.

Jeder auf die Aufrechterhaltung des Friedens und auf Verhütung der Kriegsgefahr gerichtete Vorschlag der Sowjetunion wird im Lager der Imperialisten und ihrer Lakaien mit äußerster Feindseligkeit aufgenommen. Es fällt den Feinden des Friedens jedoch immer schwerer, ihre finsternen Ränke zu spinnen. Die Sowjetunion entlarvt konsequent alle Machenschaften der Kriegsbrandstifter. Die Sowjetpolitik des Kampfes für den Frieden genießt die wärmste Unterstützung aller Völker.

Die Feinde des Friedens hatten vor allem auf die Atombombe gesetzt. Sie rechneten darauf, mit Drohungen und Erpressung ihre wahnwitzigen Weltherrschaftspläne verwirklichen zu können. Aus diesem Grund widersetzen sie sich so hartnäckig dem Verbot der Atomwaffe und fachen die Kriegshysterie an.

Bekanntlich hat niemand die Absicht, die USA zu überfallen. Obwohl die Sowjetregierung im Besitz der Atomwaffe ist, hat sie die Absicht, auch in Zukunft wie bisher auf ihrem alten Standpunkt des unbedingten Verbots dieser Waffe zu verharren.

J. W. Stalin erklärte schon 1934:

„Unsere Außenpolitik ist klar. Sie ist eine Politik der Erhaltung des Friedens und der Verstärkung der Handelsbeziehungen mit allen Ländern. Die Sowjetunion denkt nicht daran, irgend jemanden zu bedrohen, und erst recht nicht, irgend jemanden zu überfallen. Wir sind für den Frieden und verteidigen die Sache des Friedens. Aber wir fürchten keine Drohungen und sind bereit, auf einen Schlag der Kriegshetzer mit einem Gegenschlag zu antworten.“

Im März 1939 sprach J. W. Stalin über die Außenpolitik der Sowjetunion und machte wiederum den Hinweis:

„Wir sind für den Frieden und für die Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern; auf diesem Standpunkt stehen wir und werden wir stehen, soweit diese Länder ebensolche Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten werden, soweit sie nicht versuchen, die Interessen unseres Landes zu verletzen.“

Die Sowjetunion war und bleibt stets den Grundsätzen treu, die in diesen Worten ihres Führers ausgedrückt sind. Die gleichen Prinzipien sind auch den Anträgen zugrunde gelegt, die die Sowjetdelegation jetzt auf der 4. Tagung der Vollversammlung eingebracht hat. Die Sowjetregierung ruft dazu auf, daß die fünf Großmächte einen Pakt zur Festigung des Friedens abschließen. Dieser Vorschlag drückt die Interessen der gesamten friedliebenden Menschheit aus.

Die 4. Tagung der Vollversammlung wurde in einer Situation eröffnet, da die Friedensbewegung — den fieberhaften Bemühungen der Kriegsbrandstifter zum Trotz, die die internationale Atmosphäre auf jede Weise vergiften wollen — einen tatsächlich alle Völker erfassenden Umfang angenommen hat. Das Haupt der Sowjetdelegation, A. J. Wyschinski, konstatiert in seiner Rede: „Die demokratischen Kräfte, die für den Frieden eintreten, wachsen hundertmal rascher als der finstere Haufe der Kriegsbrandstifter.“ Allerorts äußern breiteste Massen ihre feste Entschlossenheit, den Frieden zu bewahren. In Italien wurden in diesem Sommer mehr als 7 Millionen Unterschriften für Petitionen zum Schutz des Friedens gesammelt. Eine gleiche Bewegung ist jetzt in Frankreich und in einer Reihe anderer Länder im Gange. Der am 2. Oktober bevorstehende Internationale Friedenstag wird als imposante Demonstration der Volksmassen für den Frieden eine drohende Warnung an jene sein, die unter Mißachtung der Lehren der Geschichte die Völker wiederum in den Malstrom eines blutigen Krieges stürzen wollen.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen, deren Satzung die feierliche Verpflichtung enthält, alles zu tun, um die Menschheit vor neuen Kriegskatastrophen zu bewahren, muß diese Stimme der Millionen Menschen hören, die den Kriegsbrandstiftern entgegenwirken und für einen dauerhaften Frieden, für die Völkerfreundschaft eintreten.

Diese Millionen erwarten, daß die UNO ihrer großen Aufgabe nachkomme: der Gewährleistung des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Die Lehren des Budapester Prozesses

DER AM 24. SEPTEMBER in Budapest beendet Prozeß gegen László Rajk und Komplizen ist höchst lehrreich. Bereits die in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Ungarns zu diesem Fall zusammengefaßten Materialien zeugten von der großen internationalen Bedeutung des Prozesses. Die eingehende Behandlung des Falles durch den Budapester Volkserichtshof, das Verhör der Angeklagten und der 19 Zeugen haben nicht nur sämtliche Punkte der Anklageschrift bestätigt, sondern auch zahlreiche neue wichtige Einzelheiten der abscheulichen Verschwörung an den Tag gebracht, deren unmittelbare Anführer die englisch-amerikanischen Imperialisten und deren jugoslawische Mietlinge waren.

Die Gerichtsverhandlung in Budapest zeigte vor allem, von wem und wie die weitverzweigte Verschwörung gegen die Freiheit und Unabhängigkeit des ungarischen Volks und des ungarischen Staats aufgebaut war. Diese Verschwörung, deren Fäden sich über Belgrad nach Washington zogen, richtete sich nicht nur gegen Ungarn, sondern auch gegen Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei — gegen alle Länder der Volksdemokratie, gegen den Frieden, gegen das Lager der Demokratie und des Sozialismus.

In dem Prozeß wurde nachgewiesen, daß Rajk und Komplizen seit langem Spione und Provokateure sind, die sowohl der Horthypolizei wie der Hitlerschen Gestapo wie dem französischen, britischen und amerikanischen Nachrichtendienst zu Gebote standen. In dem Prozeß wurde dokumentarisch bewiesen, daß auch die Rädelsführer der Tito-clique seit langem englisch-amerikanische Spione sind. Ihnen hatten die englisch-amerikanischen Imperialisten in ihren Aggressionsplänen in Europa eine besonders wichtige Rolle vorbehalten. Vor Gericht stellte es sich heraus, daß Tito von Churchill bereits 1943 als Agent des Imperialismus angeworben wurde. Und als Tito und seine Bande in Jugoslawien zur Macht gekommen waren, wurde ihnen vom amerikanischen Nachrichtendienst die Entsendung von Spionen in die kommunistischen Parteien und in die Regierungsorgane der Länder der Volksdemokratie aufgetragen: zur Unterminierung dieser Staaten von innen her. Zu diesem Zweck haben die amerikanischen Kundschafter viele ihrer Agenten in diesen Ländern Tito-Ranković untergeordnet. Insbesondere haben sie, wie Rajk im Prozeß erklärte, ihn, den Allen

Dulles schon längst als amerikanischen Spion angeworben hatte, 1946 „auf die jugoslawische Linie umgeschaltet“, wobei sie ihn dem Oberbanditen Ranković unterstellten.

In dem Prozeß wurde nachgewiesen, daß die Verschwörung in Ungarn eine direkte Fortsetzung der berüchtigten Churchillschen „Balkan-Donau“-Strategie war, welche die Okkupierung der Balkan- und Donauländer durch englisch-amerikanische Truppen bezweckte, um die volksdemokratische Bewegung in diesen Ländern zu unterdrücken, in ihnen reaktionäre Regimes zu errichten und sie in ein Aufmarschgebiet zum Überfall auf die Sowjetunion umzuwandeln.

Bekanntlich hat die Churchillstrategie ein völliges Fiasko erlitten. Es rechtfertigten sich auch nicht die Spekulationen der Churchills darauf, daß es solchen ihrer — weltlichen und geistlichen — Agenten, wie z. B. Ferenc Nagy und Mindszenty in Ungarn, gelingen werde, die Herrschaft der englisch-amerikanischen Imperialisten über diese Länder wiederherzustellen. Gerade damals rückte der amerikanische Nachrichtendienst die Clique Tito-Ranković in den Vordergrund. Den Titospionen wurde die Aufgabe gestellt, die Restaurierung der reaktionären Regimes in den Ländern der Volksdemokratie und sodann die Schaffung einer Allianz unter Führung des von der Belgrader Clique regierten Jugoslawien zu erreichen — einer Allianz, die, wie Rajk von Ranković vertraulich mitgeteilt wurde, einen militärischen Block auf Seiten der USA gegen die Sowjetunion darstellen werde.

Der Prozeß Rajk in Budapest zeigte, mit welchem Eifer sich die tito-trotzkistische Bande für die Verwirklichung dieser Aufgabe ins Zeug gelegt hat. Auf dem Prozeß wurde der ganze Abgrund der Schurkerei und Wortbrüchigkeit, der Niedertracht und Verräterei der Belgrader Bande und ihrer ungarischen Filiale aufgedeckt. Provokationen, Erpressung, Morde — das ganze Arsenal der Lieblingsmethoden trotzkistisch-faschistischer Gangster wurde zur Ausrüstung dieser Bande vollzählig eingesetzt. Sie bereitete für die Völker die kapitalistische Zwangsarbeit vor, die Knute der Kapitalisten und der Gutsbesitzer, die Überantwortung in die Knechtschaft der englisch-amerikanischen Monopole. Rajk sagte in dem Prozeß, daß er, wie auch seine Belgrader Chefs und Komplizen, sich darüber im klaren war, was ein

Erfolg der Verschwörung bedeutet hätte: „Natürlich hätte es die erbarmungsloseste Grausamkeit und Metzerei gegeben, gerichtet gegen diejenigen, die sie (die Horthyanhänger und andere Faschistenabarten) aus dem Lande gedrängt, den Kapitalismus konsequent liquidiert, den Boden aufgeteilt, die Banken, die Betriebe usw. nationalisiert hatten.“

Ein anderer amerikanisch-jugoslawischer Spion, György Pálffy, erklärte auf der Anklagebank gleichfalls: sowohl er als auch seine Belgrader Vorgesetzten wußten, daß die von ihnen in Belgrad vorbereitete Verschwörung „wieder zum Faschismus Horthys führen wird. Und es war mir ferner klar, daß eine solche Rückkehr zum Alten auch die für den Faschismus charakteristische grausame Unterjochung der Arbeiter bedeutet.“

Solchermaßen hat der Prozeß in Budapest den faschistischen Charakter der verbrecherischen Verschwörung gegen das ungarische Volk aufgedeckt. Er enthüllte nicht nur die Henkerphysiognomie ihrer unmittelbaren Teilnehmer — Rajks, Pálffys und anderer —, sondern in noch größerem Maß die der Titoclique, die sie befahlte und die in Jugoslawien bereits das blutige faschistische Regime errichtet hatte, wie sie es auch in Ungarn und den anderen Ländern der Volksdemokratie einzuführen sich anschickte.

Die Titoclique hat die Lüge verbreitet, sie führe Jugoslawien auf einem angeblich „besonderen“, der Sowjetunion entgegengesetzten Weg zum Sozialismus. Die Gerichtsverhandlung in Budapest zeigte anschaulich, daß das widerliche Geschwätz der Belgrader Machthaber vom „Sozialismus“ nur eine Maskierung ihres Verrats an der Sache des Sozialismus, ihres Übergangs in das von den USA geführte imperialistische Lager ist. Dieser Prozeß bestätigte ein übriges Mal die unbestreitbare Tatsache, daß jeder Feind der Sowjetunion ein Feind des Sozialismus, ein Feind der Befreiung der Werktätigen vom imperialistischen und kapitalistischen Joch ist.

Der Prozeß in Budapest führte die amerikanischen Imperialisten mit ihrer Pseudodemokratie der ganzen Welt als direkte Erben des Hitlerfaschismus in allen seinen hauptsächlichsten Erscheinungsformen vor: sie haben nicht nur ihre Görings und Ribbentrops, ihre Rosenbergs und Goebbels', sondern auch ihre Himmlers. Sie haben die Gestapomethoden geerbt und eigenartig bereichert — die Methoden der Einschmuggelung und Vorbereitung ihrer Fünften Kolonnen in anderen Ländern. Nicht umsonst gingen und gehen in den Dienst des amerikanischen Imperialismus nicht nur Hitlersche Generale, Finanzleute und Politiker über, sondern auch Himmlersche Kader von Provokateuren, Spionen und Henkern.

Die Gerichtsverhandlung in Budapest lehrt alle Völker des Lagers der Demokratie und des Sozialismus Wachsamkeit besonders unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Vorbereitung eines neuen Weltkriegs durch die englisch-amerikanischen Imperialisten und ihre Kundschafter. Für die Länder der Volksdemokratie, für das demokratische und antiimperialistische Lager ist jetzt wie ehemals all das überaus aktuell, was Genosse Stalin vor mehr als 20 Jahren über den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion unter den Verhältnissen der kapitalistischen Umwelt gesagt hat:

„Es wäre töricht anzunehmen, daß das internationale Kapital uns in Ruhe lassen werde. Nein, Genossen, das ist falsch. Die Klassen bestehen, das internationale Kapital besteht, und es kann nicht ruhig der Entwicklung des Landes zusehen, in dem der Sozialismus aufgebaut wird. Früher dachte es, das internationale Kapital, die Sowjetmacht vermittels direkter militärischer Intervention über den Haufen zu werfen. Der Versuch ist mißlungen. Jetzt bemüht es sich und wird sich weiterhin bemühen, unsere wirtschaftliche Macht mittels einer unsichtbaren, nicht immer bemerkbaren, aber hinreichend nachdrücklichen ökonomischen Intervention zu schwächen, indem es Schädlingearbeit organisiert, jegliche ‚Krisen‘ in diesen oder jenen Industriezweigen stiftet und hierdurch die Möglichkeit künftiger militärischer Intervention erleichtert. Hier ist alles mit dem Klassenkampf des internationalen Kapitals gegen die Sowjetmacht zusammengeknötet, und von irgendwelchen Zufälligkeiten kann nicht die Rede sein.“

Die Erfahrung der Länder der Volksdemokratie, die die Grundsteine zum Sozialismus legen, zeigt die ganze Richtigkeit dieser Hinweise des Genossen Stalin. Die Werktätigen dieser Länder haben die Umtriebe der Imperialisten zu entlarven und zurückzuweisen, die den Überresten der zerschlagenen Ausbeuterklassen bei ihren Versuchen, die Volksmacht zu untergraben und die kapitalistischen Zustände wiederherzustellen, Beistand leisten.

Das Sowjetvolk wird von der Partei Lenins-Stalins im Geist der Wachsamkeit erzogen. Wachsamkeit erlernen aus der Erfahrung der Sowjetunion und aus ihrer eigenen Erfahrung auch die Massen der Werktätigen in den Ländern der Volksdemokratie, wohin — wie der Prozeß in Budapest deutlich zeigt — die imperialistischen Staaten eine nicht geringe Anzahl von Spionen, Zerstörungsgagenten und Mördern entsenden, um diese Länder, die auf dem Weg des Sozialismus schreiten, von innen her zu sprengen. Und jene Tatsache, daß die

ungarische Volksdemokratie die Verschwörung der tito-trotzkistischen Spione aufzudecken vermochte, zeigt, daß die Länder der Volksdemokratie die revolutionäre Wachsamkeit aus der großen Erfahrung der Sowjetunion erfolgreich erlernen.

Die Entlarvung der Verschwörung Rajks hat die Pläne der Kriegsbrandstifter an einem wichtigen Abschnitt der internationalen Politik vereitelt. Der Staatsanwalt Gyula Alapi hatte recht, als er in seiner Prozeßrede feststellte, daß Rajks Gebieter diese Bande nicht ohne Grund zur Eile angetrieben haben. Sie forderten von Rajk die Durchführung des Staatsstreiches im Frühjahr 1949 und beraumten auf diesen Zeitpunkt die Verstärkung des antisowjetischen „kalten Kriegs“ sowie die Aufbauschung des Rummels um die Berliner „Luftbrücke“ an, sie waren bestrebt, den Tito-Rajkschen Spionen und Mördern freie Hand zu verschaffen. Der Prozeß Rajk, der die Verschwörung gegen das ungarische Volk vollständig aufgedeckt und der mit höchster Klarheit gezeigt hat, daß die Titobande eine Sturmabteilung der

amerikanischen Aggressoren ist, stellt einen großen Sieg der Friedenskräfte über das Lager der imperialistischen Kriegsbrandstifter dar.

Der Kampf ist selbstverständlich bei weitem nicht beendet: man darf keineswegs annehmen, der amerikanische Nachrichtendienst werde nach der Entlarvung der Bande Tito-Rajk seine Schurkenwaffen strecken. Es unterliegt indes keinem Zweifel, daß, nach der Überzeugung hunderter Millionen einfacher Menschen aller Länder der Welt, in Budapest auf der Anklagebank nicht nur Rajk und seine Bande saßen, sondern auch die faschistische Clique Tito-Ranković, die ihr Treiben lenkte, sowie die amerikanischen und britischen Herren dieser Spione und Zerstörungsagenten. Moralisch und politisch erstreckt sich das gegen Rajk, Pálffy, Szönyi und die anderen ungarischen Spione gefällte Urteil auf deren Gebieter und Inspiratoren. Das imperialistische und antidemokratische Lager hat eine ernstliche Niederlage erlitten, was dem Budapester Prozeß eine besonders große internationale Bedeutung verleiht.

Die Enthüllung des Balkanplans des USA-Imperialismus

A. LEONTJEW

DER BUDAPESTER PROZESS gegen die Verräterbande László Rajk und Komplizen enthüllte vor der ganzen Welt den tückischen Plan des USA-Imperialismus gegenüber den Völkern der Balkanhalbinsel und des Donaubeckens. Wie jetzt unwiderlegbar erwiesen ist, trug sich der amerikanische Nachrichtendienst mit der Absicht, unter Ausnutzung der Belgrader Spionen- und Faschistenbande Tito-Ranković als seiner Hauptagentur, in den Ländern der Volksdemokratie Verbrecherguppen von Verschwörern zu schaffen, denen er allen die gleiche Aufgabe stellte: diese Länder vom Lager der Demokratie und des Sozialismus loszureißen und sie wieder unter das Joch des Imperialismus zu bringen. Beim Budapester Prozeß wurde ein ekelhafter Knäuel niederträchtigster Verbrechen der Belgrader Bande Tito-Ranković entwirrt, die nach den Weisungen ihrer amerikanischen Gebieter handelte. Mit Hilfe der niederträchtigen Verräter und berufsmäßigen Provokateure aus der Rajkgruppe bereiteten die Titoleute in Ungarn einen

Staatsstreich vor, beabsichtigten sie, die Führer des ungarischen Volkes zu ermorden und im Lande ein faschistisches Blutregime zu errichten. Sie wollten Ungarn auf die Bahn des Kapitalismus zurückzerren und es dann zu einem Teil des Balkanreichs Titos machen, dieses aufgeblasenen Ochsenfroschs, der sich schon Beherrscher der Balkanvölker von Gnaden Seiner Majestät des Dollars dünkte.

So ungeheuerlich der Balkan-Donau-Plan der USA-Imperialisten in seinem skrupellosen Abenteuerum auch sein mag, es muß doch zugegeben werden, daß er sich weder durch Neuheit noch durch Originalität auszeichnet. Das Auftauchen eines solchen Planes, der in den finsternen Amtsstuben des amerikanischen Nachrichtendienstes und des Staatsdepartements ausgetragen wurde — die Grenze zwischen diesen beiden Institutionen ist schon seit langem nur noch eine reine Formsache —, ist kein Zufall. Der jetzige verbrecherische Plan der englisch-amerikanischen Kriegstreiber ist die gesetzmäßige und logische

Fortsetzung der Intrigen, die die Imperialisten bereits von jeher in diesem Teil des europäischen Festlands spinnen.

Längst schon wurde festgestellt, daß die USA-Imperialisten gerne das ideologische Rüstzeug und die strategischen Pläne ihrer jüngsten Vorläufer im Kampf um die Weltherrschaft, nämlich der deutschen Imperialisten, übernehmen. Gerade so ist es um den Balkan-Donau-Plan bestellt.

Zentral- und Südosteuropa zogen seit langem die gierigen Blicke der deutschen Imperialisten auf sich. Schon Bismarck wird die Behauptung zugeschrieben: „Wem Prag gehört, dem gehört Europa!“ Am Vorabend und während des ersten Weltkriegs war der Kernpunkt des offiziellen Eroberungsprogramms des Imperialismus Kaiser Wilhelms II. die Schaffung eines sogenannten Mitteleuropas. Der imperialistische Plan, der unter dem Namen „Berlin-Bagdad“ bekannt ist, sah die Eroberung des gesamten Donaubeckens und der Balkanhalbinsel durch Deutschland vor. Die deutschen Imperialisten betrachteten diese Eroberung als erste Stufe zur Erringung der Weltherrschaft. Sie hatten die Absicht, nachdem sie in Mitteleuropa festen Fuß gefaßt hätten, ihre unumschränkte Herrschaft über den ganzen Kontinent zu errichten, die wichtigsten Lebensmittel- und Rohstoffressourcen der ganzen Welt an sich zu reißen und ein System zu errichten, bei dem die eroberten Länder Kolonien und ihre Bevölkerung Sklaven der deutschen Herrenrasse gewesen wären. In der Sprache der deutschen Imperialisten hieß das „Großraumwirtschaft“. Der Barde des Imperialismus Kaiser Wilhelms II., Friedrich Naumann, Führer der sogenannten Fortschrittspartei und, nebenbei bemerkt, Mentor des jetzigen Präsidenten von Trizonien, Heuß, schrieb im Jahre 1915:

„Unsere Augen sind also zunächst auf das mitteleuropäische Land gerichtet, das von Nord- und Ostsee bis zu den Alpen, dem Adriatischen Meere und dem Südrande der Donauebene reicht...

Diese Fläche soll ihr als eine Einheit denken...

Hier soll aller geschichtliche Partikularismus im Drange des Weltkrieges so weit verwischt werden, daß er die Einheitsidee verträgt.“

Die deutschen Mitteleuropapläne erlitten ein Fiasko. Gleichzeitig mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches beginnt eine neue Phase der imperialistischen Ränke im Donau-Balkan-Raum. Von jener Zeit an ist die Spitze dieser Intrigen gegen die Sowjetunion gerichtet, gegen das Land des Sozialismus, dem die Sympathien und Hoffnungen aller Völker der Welt gelten.

Die Versailler Friedensstifter — die Imperialisten der USA, Englands und Frankreichs — ließen sich bei der Entscheidung über das Schicksal der Völker, Mittel- und Südosteuropas von

einer ausschlaggebenden Erwägung leiten: die ihnen verhaßte Sowjetrepublik mit einem Ring feindlicher Staaten zu umgeben, die im geeigneten Moment als blinde Werkzeuge in einem sowjetfeindlichen Krieg verwendet werden könnten. Darin bestand der Sinn der Forderung Clemenceaus, Rußland mit einem „Stacheldrahtzaun“ zu umgeben. Die von Wilson und Churchill inspirierten englisch-amerikanischen Imperialisten forderten eine Quarantäne gegen den Bolschewismus. Eine der unheilvollsten Früchte des Versailler Friedens war die Bildung des berüchtigten „sanitären Kordons“ vom Weißen bis zum Schwarzen Meer.

Als die Ententeimperialisten die Landkarte Mitteleuropas ummodelten, waren sie bestrebt, möglichst viele Herde der Unstimmigkeit und Unruhe zu schaffen, um ihr Kommando über die neuen Staaten leichter ausüben, dort gedungene Agenten der imperialistischen Nachrichtendienste an der Macht halten und, was das Wichtigste ist, unaufhörlich und mit allen Mitteln in diesen Ländern den Haß gegen die Sowjetunion schüren zu können.

Der in Versailles gesäte Samen brachte unheilvolle Keime hervor. In der Zeit zwischen den beiden Kriegen ächzten die Völker Mittel- und Südosteuropas unter dem Doppeljoch der gutsherrlich-bürgerlichen Reaktion im Innern des Landes und der imperialistischen Versklavung. Die am Ruder stehenden faschistischen und profaschistischen Cliquen wetteiferten miteinander in sowjetfeindlichen Provokationen und verkauften sich an die imperialistischen Mächte, die jeweils am meisten zahlten. Die Früchte von Versailles wurden von Hitler eingeheimst. Der „sanitäre Kordon“ diente ihm als Aufmarschgebiet in seinem Raubkrieg gegen die Sowjetunion.

* * *

Während des zweiten Weltkriegs kamen Mittel- und Südosteuropa ganz in die Krallen der hitlerfaschistischen Landräuber. Die Hitlerokkupanten errichteten hier ihre blutige „Neuordnung“, indem sie die Völker unterjochten und Millionen Menschen physisch vernichteten. Gleichzeitig beginnen die englischen und die amerikanischen Imperialisten, um diesen Teil Europas besondere Sorge an den Tag zu legen. Diese Sorge hatte absolut nichts mit dem Wunsch zu tun, den unter dem Joch der deutschen Faschisten ächzenden Völkern zu helfen oder die Stunde ihrer Befreiung früher schlagen zu lassen. Diese Sorge war von ganz andern Erwägungen diktiert und auf ein ganz anderes Ziel gerichtet: nicht zuzulassen, daß die Völker des Balkans und des Donaubeckens nach

der Zertrümmerung Hitlerdeutschlands endlich in den Besitz der lang ersehnten Freiheit kämen.

Die Diplomaten Londons und Washingtons und ihre Nachrichtendienste legen in den Kriegsjahren eine außergewöhnliche Geschäftigkeit an den Tag. Wie immer in solchen Fällen, wird eine ganze Reihe verschiedener Pläne und Varianten ausgearbeitet, die auf diese oder jene Wendung der Ereignisse zugeschnitten sind. Eine dieser Varianten war z. B. der Plan, der zwischen dem Sonderbevollmächtigten der USA-Regierung, Allen Dulles, und einem Vertreter Hitlers, dem Fürsten Hohenlohe, besprochen wurde. Der Vorhang, hinter dem dieser Plan verborgen war, wurde durch ein Dokument aus Hitlers Sicherheitsdienst gelüftet, in dem die erwähnten Verhandlungen, die im Februar 1943 in der Schweiz stattfanden, fixiert sind. Allen Dulles wird unter dem Decknamen Bull, sein Gesprächspartner unter dem falschen Namen Pauls geführt. Gegenstand dieser ultrakonspirativen Verhandlungen war die Frage des Abschlusses eines Separatfriedens mit Deutschland. Aus dem Schriftstück ist klar ersichtlich, daß vom Abschluß eines Friedens mit Hitler auf der Grundlage einer bestimmten Kombination der deutschen imperialistischen Doktrin von Mitteleuropa und der Versailler Strategie des „sanitären Kordons“ gesprochen wurde. Wie aus der Niederschrift zu ersehen ist, ging Dulles (Bull)

„mehr oder weniger auf eine staatliche und industrielle europäische Großraumordnung ein und sah in einem föderativen Großdeutschland (ähnlich USA) mit einer an dieses angelehnten Donaukonföderation den besten Garanten für Ordnung und Aufbau in Zentral- und Osteuropa“.

Wie das Schriftstück zeigt, versuchte der USA-Imperialismus, sich mit dem faschistischen Deutschland auf der Basis einer Erhaltung der Gewaltherrschaft der deutschen Faschisten in Mittel- und Südosteuropa unter dem Aushängeschild einer „Donaukonföderation“ zu verständigen.

Zur gleichen Zeit arbeitet der englische Nachrichtendienst zusammen mit den Diplomaten eine etwas andersgeartete Variante zur Rettung der imperialistischen Herrschaft unter dem gleichen Aushängeschild einer „Donau- oder „Osteuropa-konföderation“ aus.

Während des Kriegs hatten sich in London bekanntlich die Exilregierungen Polens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei versammelt. Diese ganze buntscheckige Gesellschaft setzte, um ihren Sold abzuverdienen, alle möglichen Pläne und Projekte auf, wobei ein gewisser Teil dieser Programme in die Spalten der Exilpresse wie auch der englischen Zeitungen durchsickerte.

Der sogenannte Nationalrat der polnischen Emigranten, zu dem sich die reaktionären Politikaster zusammengeschlossen hatten, von denen der polnische Staat in die Katastrophe gestürzt worden war, beschloß im April 1942 eine Resolution, die die Forderung enthielt,

„nach Vernichtung der militärischen Macht Deutschlands enge föderative Bündnisse der mitteleuropäischen Völker zwischen der Ostsee, dem Agäischen und dem Adriatischen Meer zu schaffen“.

Noch klarer äußerte sich der reaktionäre Publizist Grabowski, der im Oktober 1942 in einer Zeitung der Emigranten schrieb:

„Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Ara der Großräume beginnt. Wir müssen einen Staatenblock mit einer Bevölkerung von 100 oder 125 Millionen schaffen.“

So brachte die Faschistenclique, die das Polen der Zeit nach Versailles in den Untergang gestürzt hatte, die Frechheit auf, sich als Leiterin einer Völkergruppe von 125 Millionen anzubieten!

All das wurde während des Krieges geschrieben und veröffentlicht. Deswegen bediente man sich, allerdings sehr plumper, tarnender Worte, redete von der „Gewährleistung eines lang währenden Friedens in Europa“ und von der Notwendigkeit, „Deutschland gegenüber zu bestehen“. Schiebt man jedoch diese Tarnung beiseite, so treten die Pläne einer Osteuropaföderation oder -konföderation in ihrer ganzen Nacktheit hervor als ein vom englischen Nachrichtendienst diktiertes Programm, nach dem die Völker Mittel- und Südosteuropas der nationalen Selbständigkeit beraubt werden sollen, um sie in den Netzen des Weltimperialismus gewaltsam festzuhalten.

Daß die Pläne für eine Osteuropaföderation unter unmittelbarer Leitung Churchills zusammengebraut wurden, dieses Erzsponsions, der als Premierminister hieran besonderen Eifer setzte, war schon zu Kriegszeiten keinerlei Geheimnis. Es ist kennzeichnend, daß das Leiborgan der Churchillclique, die Zeitschrift „Nineteenth Century and After“, die von dem internationalen Spion Voigt redigiert wird, Ideen einer Mitteleuropa-Union verteidigte und propagierte. Auch die führenden Organe der konservativen und der labouristischen Presse äußerten sich mit offenkundiger Sympathie über diese Pläne, Vertreter beider Regierungsparteien des britischen Imperialismus machten für sie im Parlament Propaganda.

Wir sehen also, daß in den gleichen Monaten, da die Sowjetarmee die Schlachten bei Moskau und Stalingrad führte und das Fundament des Sieges über Hitlerdeutschland legte, die englischen und die amerikanischen Imperialisten nicht untätig waren. Sie entfalteten eine fieberhafte Aktivität; darauf gerichtet, mit beliebigen Mitteln und

Methoden Zentral- und Südosteuropa, als einen Herd für imperialistische Intrigen und als Aufmarschgebiet für eine künftige Aggression gegen die Sowjetunion beizubehalten.

Aber diese Pläne brechen zusammen, je weiter die Sowjetarmee siegreich nach dem Westen vorrückt. Die Imperialisten müssen immer neue Karten aus ihrem Spiel ziehen.

Während der Konferenz von Teheran, Ende November 1943, taucht Churchills sogenannter Balkanplan auf. Churchill hatte wortbrüchig seine Verpflichtungen als Alliiertes bezüglich der Eröffnung einer zweiten Front in Westeuropa in den Jahren 1942 und 1943 verletzt und bestand nun in Teheran auf seinem Plan einer „Invasion durch den Balkan“. Nach dem Zeugnis Elliott Roosevelts sagte ihm sein Vater, der Präsident, daß, wenn immer Churchill auf seinem Balkanplan bestand,

„es jedermann im Raume klar war, was er in Wirklichkeit meinte... Er war vor allem darum bemüht, wie ein Messer in Mitteleuropa einzudringen, um die Rote Armee von Österreich und Rumänien und, wenn möglich, sogar auch von Ungarn fernzuhalten.“

Wie bekannt, ist aus Churchills Balkanplan nichts geworden. Er wurde von der siegreichen Sowjetarmee, die die Völker Mittel- und Südosteuropas vom Hitlerjoch befreite und es nicht zuließ, daß an die Stelle der Okkupation durch die deutschen Faschisten eine neue, englisch-amerikanische Okkupation trat, über den Haufen geworfen. Die Völker dieses Teils Europas erhielten zum erstenmal in der Geschichte die Möglichkeit, Herren ihres eigenen Schicksals zu werden. Sie befreiten sich aus den Netzen des niederträchtigen imperialistischen Systems, vertrieben die bankrotten, korrupten Politikaster, liquidierten die Macht der Gutsbesitzer und der Kapitalisten, errichteten das System der Volksdemokratie und beschritten den Weg zum Sozialismus.

Am Ende des Kriegs und nach seinem Abschluß entwickelt der Vatikan eine verstärkte Aktivität gegen die Unabhängigkeit der Länder des Donaubeckens. Die Vatikanpolitiker bringen ihre eigene Variante einer Föderation aufs Tapet: die Vereinigung der Länder des Donaubeckens unter Führung der im Dienste Washingtons stehenden reaktionären klerikalen Parteien.

* * *

Der Weltimperialismus hat einen „verhängnisvollen Hang“ zum Donaubecken und zum Balkan. Als der englische und besonders der nach Kriegsende zum Mittelpunkt des Lagers der Reaktion gewordene amerikanische Imperialismus nach dem Krieg den Zusammenbruch ihrer in bezug auf diesen Teil Europas gehegten

Hoffnungen sahen, zettelten sie krampfhaft immer neue Verschwörungen gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker an. Der USA-Nachrichtendienst schafft sich zahlreiche „Garnituren“ von Agenten an. Er setzt der Reihe nach auf monarchistische Cliquen, auf Kreise der Gutsbesitzer, auf die großen bürgerlichen Geschäftsherren, auf die Großbauernparteien und schließlich auf die rechten Sozialdemokraten. Aber die politische Entwicklung der Länder der Volksdemokratie führt zum raschen Zusammenbruch und zur Entlarvung aller volksfeindlichen Cliquen. Die Völker, die unter der Leitung der mit der marxistisch-leninistischen Theorie und den kostbaren historischen Erfahrungen der Sowjetunion gewappneten kommunistischen Parteien die Grundlagen des Sozialismus legen, durchschauen ihre Feinde rasch, unter welch prächtigen Etiketten diese auch immer versucht haben mögen, ihre durch und durch verfaulte politische Ware an den Mann zu bringen. Schließlich und endlich sind alle die Politikaster vom Schlage eines Mikolajczyk, Ferenc Nagy, Gemeto und anderer dort gelandet, wo sie auch hingehören: jenseits des Atlantik, in den Vorzimmern des amerikanischen Nachrichtendienstes.

Die Leiter des amerikanischen Nachrichtendienstes brauchten wirklich nicht besonders genial zu sein, um einen solchen Lauf der Dinge voraussehen: die historischen Erfahrungen der Sowjetunion, wo alle bürgerlichen Parteien, von den Kadetten bis zu den Menschewiki und den Sozialrevolutionären, gleichfalls schnell Bankrott machten, ließen selbst höchst beschränkte Leute den unvermeidlichen Lauf der Entwicklung voraussehen. Jetzt haben die Materialien des Budapest-Prozesses gegen László Rajk und seine Komplizen bewiesen, daß der USA-Nachrichtendienst schon in den Kriegsjahren noch einen weiteren, besonders streng geheimgehaltenen Plan in Reserve hatte, der mit der Ausnutzung der Spionengruppe Tito-Ranković in Jugoslawien und mit der Einschmuggelung seiner Agenten in die kommunistischen Parteien der anderen Länder Mitteleuropas und der Balkanhalbinsel verbunden war.

Die Gruppe Tito-Ranković war ein gefundenes Fressen für die Spionagewirtschaft der Amerikaner. Wie ersichtlich, gerieten Dokumente in die Hände des USA-Geheimdienstes, die die dunkle Vergangenheit dieser Herren aufdecken. Unter Ausnutzung dieser Dokumente kamen die USA-Kundschafter rasch mit den Titoleuten ins reine, um so mehr, als diese schon reiche Erfahrungen im Spionagedienst gesammelt hatten.

Im Lichte der auf dem Budapest-Prozess dokumentarisch erhärteten Tatsachen sieht man jetzt mit aller Klarheit den ganzen Kurs der Innen-

und Außenpolitik, die die Belgrader Spionen- und Henkerbande betreibt. Im Innern des Landes: Entfernung der ehrlichen, dem Internationalismus treuen Kommunisten von allen Posten, sodann auch ihre physische Vernichtung; Liquidierung der Kommunistischen Partei und deren Auflösung in einer amorphen, von Großbauern, Cetniki, Ustaši und allerhand Gesindel mit dunkler Vergangenheit überfüllten Volksfront; betrügerische Deklarationen über einen „Aufbau des Sozialismus“, um die erbarmungslose Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verhüllen; Schutzgönnerschaft für Großbauern und sonstige Kapitalisten; Errichtung eines faschistischen Gestaporegimes, um jegliche Versuche der Volksmassen, die Macht der gemeinen Verräter und Abtrünnigen, der Agenten des amerikanischen Nachrichtendienstes, zu stürzen, im Keine zu erstickern. Auf dem Gebiet der Außenpolitik: zuerst Unaufrichtigkeit und Doppelzünglertum gegenüber der Sowjetunion, Geheimabmachungen mit den englischen und den amerikanischen Imperialisten hinter dem Rücken der Sowjetunion, dann Übergang zu einer unverfüllten zügellosen Antisowjetpolitik, zusammengestoppelt aus Lüge, Verleumdung und Provokationen; Förderung des wildesten Chauvinismus und Predigt des Hasses gegen die Länder der Volksdemokratie; niederträchtige Versuche, das benachbarte albanische Volk zu versklaven; schließlich eine Abmachung mit der Athener monarchistisch-faschistischen Henkerclique, um gemeinsam das heldenmütige griechische Volk zu bekämpfen. So hat der faschistische Henker Tito in den Augen der Weltöffentlichkeit seinen Platz neben Franco und Tsaldaris bezogen.

Es ist zu vermerken, daß Spione und Agenten verschiedener Nachrichtendienste in der Rolle von Hauptlingen faschistischer Regierungen keine Ausnahme, sondern eher eine Regel sind. Hitler begann seine Karriere als kleiner Spitzel im Dienste der Reichswehr. Auch die Vergangenheit Mussolinis als Provokateur ist wohlbekannt. General Franco war, bevor ihm Hitler und Mussolini die Macht über Spanien gaben, ein Agent des italienischen und des deutschen Nachrichtendienstes. Über solche Typen wie Tsaldaris braucht man gar nicht erst zu reden: solche werden von den imperialistischen Nachrichtendiensten en gros und für ein Butterbrot gekauft.

Wie Rajk vor Gericht aussagte, informierte ihn der Henker Ranković über Pläne zur Schaffung einer Balkanföderation unter Leitung Jugoslawiens. Der nächste Komplize Titos legte den von seinen Gebietern, den amerikanischen Kriegsbrandstiftern, ausgearbeiteten Plan folgendermaßen dar:

„Es gilt, danach zu streben, die Regierungen der Länder der Volksdemokratie zu stürzen, den Aufbau des Sozialismus in diesen Ländern zu verhindern, diese Länder von der Sowjetunion loszureißen. Es gilt, bürgerlich-demokratische Regierungen an die Macht zu bringen und auf eine kapitalistische Entwicklung Kurs zu nehmen. Diese Regierungen werden sich auf die Vereinigten Staaten orientieren müssen. Dergestalt wird eine Staatenallianz mit Jugoslawien an der Spitze geschaffen werden, die sich auf die Vereinigten Staaten stützen wird. Eine solche Allianz wäre die Basis für einen militärischen Überfall auf die Sowjetunion.“

Das ist der gleiche Plan, den die polnischen Abenteurer während des Krieges vorgeschlagen hatten. Wie damals die polnischen, so tragen sich jetzt die jugoslawischen Faschisten als Führer einer Donau- oder Balkanföderation an.

Damals, während des Krieges, sah der Weltimperialismus seine Aufgabe darin, die Befreiung der Völker dieses Teiles Europas vom Joch des Kapitals nicht zuzulassen. Für dieses Ziel schienen ihm sogar die Bankrotteure des polnischen Faschismus geeignet zu sein. Jetzt sind die Kräfte des Imperialismus bestrebt, das Rad der Geschichte zurückzudrehen: die großen Errungenschaften der Länder der Volksdemokratie zu liquidieren und den befreiten Völkern von neuem das Joch der imperialistischen Versklavung aufzuhalsen. Die Imperialisten beabsichtigten, sich zu diesem Zweck der Spione und Mörder aus der Tito-Ranković-Bande zu bedienen, die die Maske von Kommunisten aufgesetzt hatten.

Das nunmehr enthüllte Vorhaben der amerikanischen Kriegsbrandstifter bestand darin, Mittel- und Südosteuropa wiederum in ein Aufmarschgebiet für einen Überfall auf die Sowjetunion zu verwandeln. Zu diesem Zweck wurde im Schoße des Geheimdienstes des USA-Imperialismus ein Plan ausgearbeitet, der darauf berechnet war, die Länder der Volksdemokratie von der Sowjetunion loszureißen, die volksdemokratische Macht zu stürzen, die Bourgeoisie wieder an die Macht zu bringen, den Kapitalismus wiederherzustellen. Doch wie waren diese Ziele zu erreichen, wenn die Völker dieser Länder bereit sind, ihre Errungenschaften mit Einsatz ihres Lebens zu verteidigen, wenn sie der Sache des Sozialismus treu sind, wenn sie von Liebe zur Sowjetunion — zu ihrer Befreierin vom faschistischen Joch — erfüllt sind?

Der Imperialismus schrickt vor keinerlei Verbrechen zurück. Der Spionagedienst der USA betrat den Weg der Organisierung meuchlerischer Verschwörungen, um konterrevolutionäre Umstürze vorzubereiten, um Volksblut in Strömen zu vergießen, um faschistische Regimes zu errichten.

Die leitenden Politiker des USA-Imperialismus verhehlten in den letzten Jahren nicht einmal,

daß sie im Kampf gegen die Länder der Volksdemokratie ihre größten Hoffnungen auf die Methoden der Spionage, des Terrors und der Verschwörungen setzen. So machte John Foster Dulles, Bruder Allen Dulles' und einer der Hauptinspiratoren der jetzigen Außenpolitik Washingtons, schon am 6. Mai 1948 in der Öffentlichkeit Propaganda für einen weitgehenden Plan der Anwerbung, Finanzierung und Bewaffnung von Spionen, Zerstörungsagenten und konterrevolutionären Verschwörern in den Ländern der Volksdemokratie. Später brachte die einflußreiche amerikanische Zeitschrift „United States News and World Report“ eine detailliertere Darlegung dieses Planes.

Der Budapester Prozeß hat die gemeinen Arbeitsmethoden des USA-Spionagedienstes und dessen Belgrader Filiale — der Henkerbande Tito-Ranković-Kardelj-Djilas und Komplizen — aufgedeckt. Unter Ausnutzung seiner Belgrader Filiale begann der amerikanische Nachrichtendienst seit den ersten Tagen der Befreiung der Länder Mittel- und Südosteuropas vom faschistischen Joch in diese Länder seine Agenten einzuschmuggeln, die er unter alten Polizeispitzeln, trotzkistischen Provokateuren und sonstigem Abschaum angeworben hatte. Sich der Methoden des Doppelzünglertums und des Betrugs bedienend, waren Rajk und seine Komplizen auf Befehl ihrer Brotherren bestrebt, sich auf führende Posten im Staats- und Parteiapparat einzuschleichen. Da sie das Volk wie Feuer fürchteten, betrieben die Agenten des Imperialismus ihre verbrecherische Verschwörung in ihren übelriechenden illegalen Schlupfwinkeln. Sie bereiteten sich zu Mordtaten und Provokationen vor. Mit Hilfe von Banden, die sich aus der faschistischen Nachbrut Horthys und Szálasy zusammensetzten, mit Hilfe in ungarische Uniformen verkleideter jugoslawischer Bataillone wollten sie einen

Staatsstreich durchführen. So sollte Ungarn in eine Kolonie des Titofaschismus verwandelt werden, in einen Teil des Balkanreiches Titos, das dieser Achtgroschenjunge, der sich als Napoleon vorkam, nach den Weisungen des amerikanischen Geheimdienstes zusammenbasteln sollte.

Die Festigung der Regimes der Volksdemokratie trieb die USA-Imperialisten und ihre Titoagenten zur Eile an. Sie hatten bereits den Termin des Umsturzes in Ungarn festgesetzt, aber da packte die strafende Hand des Volkes die Missetäter am Kragen. In den anderen Ländern der Volksdemokratie waren die Titoagenten vom Schläge Koçi Xoxos in Albanien, sowie die bürgerlichen Nationalisten, die in die kommunistischen Parteien eingedrungen waren, wie Patraşcanu in Rumänien und Traitscho Kostoff in Bulgarien, schon vorher entlarvt und unschädlich gemacht worden. So scheiterte der Plan des Balkanreiches Titos-Dulles'. Dieser überaus niederträchtige Plan zeugt nicht von der Stärke, sondern von der Schwäche des Imperialismus.

Der Budapester Prozeß wurde ein großer Sieg des Lagers der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus über das Lager des Imperialismus, der Reaktion und des Krieges. Dieser Prozeß führte zur restlosen Entlarvung der am sorgfältigsten getarnten Agentur des amerikanischen Spionagedienstes — der Spionen- und Saboteurbande Tito-Ranković. Ihre blutigen Fangarme, die dem ungarischen Volk an die Kehle griffen, wurden vom Schwert der Volksjustiz abgehackt. Der Budapester Prozeß lehrt die Völker, die das Joch des Imperialismus abgeworfen haben, wachsam zu sein gegen die Pläne und Ränke der kapitalistischen Spionagedienste, die die faulenden Abfälle der alten Gesellschaft zusammenraffen und sie gegen die im Aufbau befindliche neue Welt einsetzen.

Der westdeutsche Marionettenstaat

L. BESYMENSKI

AM 20. SEPTEMBER sind die drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands zu einem „Staat“ erklärt worden. Dieser Marionettenstaat wurde auf eine höchst vereinfachte Art in Form gebracht. Am 7. September versammelte sich zu Bonn das Dreizonen-Ersatzparlament, das auf Grund der im August durchgeführten antidemokratischen Wahlen zusammengestellt worden war. Am 12. September wurde der Bundespräsident gewählt, am 15. der Bundeskanzler, und am 20. wurden dem Bundestag die Bundesminister präsentiert. Zum Schluß verkündete der stellvertretende amerikanische Hohe Kommissar, General George P. Hays, in feierlichen Worten: „Unsere Rolle hat sich geändert. Wir haben nicht mehr zu regieren, sondern nur noch zu überwachen.“

Indes trat schon am 21. September das im April dieses Jahres in Washington bestätigte Besatzungsstatut in Kraft. Dieses Statut sieht vor, daß alle wichtigsten Gebiete des deutschen Lebens — Außenhandel, Auslandsbeziehungen, Entmilitarisierung, das Schicksal der Monopole, die Verwaltung des Ruhrgebiets — in den Händen der Westmächte verbleiben. Die Beschlüsse der Londoner Separatkonferenz der Westmächte machen den Vorbehalt, daß jede beliebige deutsche Verfassung nur im Rahmen des Besatzungsstatuts gültig sein werde. Demnach ist die Ausrufung Trizoniens zum „Staat“ ein Versuch, die Massen zu betrügen.

Ganz in der Art der Höflinge aus dem Andersenschen Märchen, die lärmend des Kaisers Kleid priesen, das er gar nicht anhatte, sind die westdeutschen bürgerlichen Politiker begeistert von den ihnen eingeräumten „Selbstverwaltungsrechten“. Und doch steht der Kaiser nackt da! Die Rolle des ungezogenen Schlingels aus dem alten Märchen spielte diesmal der amerikanische Hohe Kommissar John G. McCloy, der da erklärte, er wolle bei dem geringsten Ungehorsam von seiten der Bonner Regierung die Rechte der Militärregierung uneingeschränkt wiederherstellen, denn der dritte Punkt des Besatzungsstatuts behält den westlichen Besatzungsmächten das Recht vor,

„entsprechend den Weisungen ihrer Regierungen die Ausübung der vollen Gewalt ganz oder teilweise zu übernehmen“.

McCloy's Stellvertreter, der General Hays, bemühte sich freilich, den Eindruck dieser

Zurechtweisung ein wenig zu mildern, indem er in den Spalten des offiziösen amerikanischen Presseorgans „Die Neue Zeitung“ erklärte, eine derartige Drohung würde kaum verwirklicht werden. Man darf der Versicherung Hays' gewiß Glauben schenken. Die gestutzten Regierungsvollmachten sind von den westlichen Besatzungsmächten in die Hände zuverlässiger Leute gelegt worden, die jedes Geheiß Washingtons auch ohne ständigen Antrieb auszuführen bereit sind.

Im Oktober 1947 hatte Adcock, einer der Stellvertreter des damaligen amerikanischen Militärgouverneurs Clay, die Unvorsichtigkeit, vor Zeitungsleuten zu prahlen: die westdeutsche Regierung befinde sich im Schreibtisch der amerikanischen Militärregierung. . .

Es ist schwer, treffendere Worte für die Herkunft der neugebackenen Führer dieser „Bundesrepublik“ zu finden.

Die Zusammensetzung des Bonner Kabinetts war lange vor dem 20. September fest ausgemacht. Sie war schon zu der Zeit ausgemacht, als das Staatsdepartement beschloß, sich in Trizonien auf die reaktionärste Partei, die Christlich-Demokratische Union, zu stützen. Der „Wahlsieg“ dieser Partei war mit Hilfe eines Wahlsystems vorbereitet worden, das den reaktionären Elementen und Gruppierungen Vorschub leistete. Die Wahlen am 14. August waren eine geschickt aufgezogene Komödie, die das Ziel hatte, den Christlichen Demokraten das Verbleiben an der Macht in aller Form zu gewährleisten. Waren sie doch schon vor den Wahlen in fünf Länderregierungen der Westzonen die führende Partei.

Auf der Sitzung des Bundestages, die am 7. September stattfand, wurde für den Posten seines Präsidenten ein einziger Anwärter nominiert: der CDU-Abgeordnete Dr. Erich Köhler. Als der Führer der Kommunistischen Fraktion, Max Reimann, anstatt Dr. Köhlers den Gewerkschaftsfunktionär und Sozialdemokraten Böhm vorschlug, wandten sich die Sozialdemokraten selbst gegen diesen Antrag: der amerikanische Befehl bleibt Befehl. Zum Präsidenten des Bundesrates wurde gehorsamst der CDU-Mann Karl Arnold gewählt. Die Wahl des Präsidenten war ebenfalls eine im voraus beschlossene Sache gewesen; die westdeutschen Zeitungen machten daraus kein Hehl.

Der CDU-Führer, Konrad Adenauer, war faktisch schon mehrere Wochen vor der Einberufung des Bundestags zum Bundeskanzler bestellt worden. Adenauer hatte insgeheim in Gemeinschaft mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy die Liste der künftigen Minister Trizoniens zusammengestellt. In einzelnen Fällen waren die darauf bezüglichen Weisungen öffentlich erteilt worden. So war in den Spalten des offiziellen Nachrichtenblattes der amerikanischen Militärregierung für den Posten des Wirtschaftsministers einer der Sachwalter der reaktionären Wirtschaftspolitik, Dr. Ludwig Erhard, vorgeschlagen worden. Und er erhielt den Posten.

Wen haben die amerikanischen Generale zu ihren Bevollmächtigten in Trizonien gemacht? Als erster erschien der „Bundespräsident“ auf dem Plan, der fünfundsechzigjährige Theodor Heuß, Repräsentant der sogenannten Freien Demokratischen Partei.

Professor Heuß ist kein Neuling in der Politik. Er hat seine Laufbahn schon 1905 als Mitstreiter Friedrich Naumanns, des Urhebers der Annexionspläne eines „Mitteleuropa“, begonnen. Naumann forderte den Kampf gegen den Sozialismus, den Anschluß Österreich-Ungarns an Deutschland und die Erweiterung des deutschen Reiches nach Südosten. Mit dem gleichen Programm kam 1924—1928 und 1930—1933 Heuß in den Reichstag als Vertreter der sogenannten Deutschen Demokratischen Partei. Anfangs spielte Heuß Hitler gegenüber den Oppositionellen, als es aber galt, die entscheidende Wahl zu treffen, stimmte er ohne Zögern im Jahre 1933 für die Zuerkennung außerordentlicher Vollmachten an den „Führer“. Das expansionistische Programm des Faschismus hatte auf Heuß Eindruck gemacht. Davon zeugten seine Aufsätze in den nazistischen Presseorganen. Er war Mitarbeiter der gleichgeschalteten „Frankfurter Zeitung“ und der Goebbelschen Wochenschrift „Das Reich“...

Nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands entstand in der amerikanischen Zone aus den Überresten der ehemaligen Demokratischen Partei eine neue reaktionäre Partei (mit dem Namen Freie Demokratische Partei). Heuß wurde darin erster Vorsitzender und erhielt das Portefeuille des Kultusministers der Regierung von Württemberg-Baden. Seit 1945 gibt Heuß die „Rhein-Nekkar-Zeitung“ heraus. Dieser „freie Demokrat“ laviert zwischen den politischen Parteien Bizoniens. In seinem programmatischen Artikel vor den Wahlen, der im halbamtlichen Blatt der englischen Besatzungsbehörden, „Die Welt“, erschien, erläuterte Heuß, die Stellung seiner Partei werde durch die Wechselbeziehungen zwischen der CDU und der SPD bestimmt. Er nimmt hierbei die Funktion

des Vermittlers zwischen den beiden Gruppen von Hausdienern der englisch-amerikanischen Behörden auf sich. Doch bleibt der Programmpunkt, an dem Heuß unter allen Umständen festhält, die Einräumung völliger Handlungsfreiheit für die Unternehmer in Westdeutschland. Als Bundespräsident stellt er sich unter anderem die Aufgabe, „die Sozialpolitik zu jenem Zustand zurückzuführen, worin sie sich bis 1933 befunden hatte“. Das entspricht durchaus den amerikanischen Plänen einer Wiederaufrichtung der deutschen Kartelle.

Adenauer beansprucht als Bundeskanzler eine aktivere Rolle denn Heuß. Dafür hat er als Führer der rheinischen Katholiken, durch den Kardinal Frings eng mit dem Vatikan verbunden, gewisse Voraussetzungen. Die Geschichte Adenauers ist die Geschichte eines geriebenen Politikasters, der im Dienste seiner selbstsüchtigen Interessen Gott und dem Teufel zu dienen bereit ist.

Anfangs hatte er als Oberbürgermeister von Köln und später als Mitglied des Herrenhauses, der oberen Kammer des Preußischen Parlaments, dem Kaiser gedient. Alsdann, im Jahre 1919, war Adenauer in den Dienst des Provokateurs Dr. Dorn übergetreten und hatte die Errichtung einer „unabhängigen Rheinischen Republik“ unter französischer Vormundschaft betrieben. Der darauffolgende Abschnitt seiner Karriere war die Kriecherei vor Hitler und Mussolini. „Der Name Mussolini wird mit goldenen Buchstaben in der Geschichte der katholischen Kirche eingetragen bleiben“, deklamierte er in seinem Glückwunschtelegramm an Mussolini vom 11. Februar 1929.

Als einer der Führer der katholischen Reaktion im Rheinland unterstützte Adenauer die imperialistische Propaganda Hitlers.

Im Jahre 1927 entwickelte er in den Spalten der Zeitschrift „Europäische Gespräche“ Varianten der nazistischen Theorie vom „Lebensraum“.

„Das Deutsche Reich muß unbedingt den Erwerb von Kolonien anstreben. Im Reich selbst ist zu wenig Raum für die große Bevölkerung. Wir müssen für unser Volk mehr Raum haben und darum Kolonien.“

Adenauer, der in der katholischen Zentrums- partei eine beachtliche Stellung einnahm, half Brüning dabei, Hitler den Weg zur Macht zu ebnet. Zur Zeit, da Göring in Preußen zur Macht schritt, half ihm Adenauer als Vorsitzender des preußischen Staatsrates bei der Faschisierung Preußens. Dieser Dienst wurde ihm nicht vergessen. Als 1942 eine der alten unsauberen Finanzaffären Adenauers aufgedeckt wurde, befahl Göring persönlich, das Untersuchungsverfahren in dieser Angelegenheit einzustellen...

Nach Kriegsende eignet sich Adenauer den Ruf eines „Antifaschisten“ an, wobei er auf seine

kurze Haftzeit nach dem „Generalsputsch“ vom 20. Juli spekuliert. Er stellt sich an die Spitze der reaktionären CDU, der alle dunklen Kräfte zuströmen: Agenten des Vatikans, ehemalige Nazis und Ruhrindustrielle. Adenauer nimmt Kurs auf die amerikanischen Behörden und verlangt eine „langjährige Besetzung“.

Am 13. Juli 1945 erklärte er einem Berichterstatter der United Press:

„Die Besetzung Deutschlands ist für lange Zeit hinaus dringend notwendig.“

Adenauer unterstützt unterwürfig jedes Beginnen der amerikanischen Besatzungsmacht — vom Besatzungsstatut bis zur Verlegung der deutschen Hauptstadt aus Berlin nach Bonn; von der Wiederaufrichtung der deutschen Wehrmacht unter amerikanischer Aufsicht bis zur Beteiligung amerikanischen Kapitals an der Ruhrindustrie.

In den Kreisen der deutschen Industriellen und Finanzleute gilt Adenauer als Vertrauensmann. Er war Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank, dieser Zitadelle des deutschen Finanzkapitals. Gleichzeitig war er Vorsitzender des Aufsichtsrats von vier Industriegesellschaften und Mitglied des Aufsichtsrats von elf Gesellschaften, worunter so bedeutende Unternehmungen waren wie die Rheinische AG. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, die Ruhrgas-AG., die Deutsche Lufthansa. Durch seinen Freund Robert Pierdmenges war Adenauer eng mit der Monopolgruppe Klöckner verbunden. Im Aufsichtsrat der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk-AG. saß er in Gesellschaft von so großen Magnaten des deutschen Kapitals wie Thyssen, Kirdorf, Stinnes. Im Preußischen Staatsrat waren seine Kollegen Krupp und Klöckner.

Diese Leute legten die politische Linie fest, an die sich Adenauer hielt. Im Jahre 1914 orientierten sich die Ruhrmagnaten auf den Kaiser. Adenauer machte mit. Im Jahre 1919 suchten die deutschen Industriellen den Kontakt mit ihren französischen Kollegen herzustellen. Sofort wird Adenauer franzosenfreundlicher Separatist. In den zwanziger Jahren schwanken die Ruhrbarone, wen sie zu ihrem politischen Strohmann erwählen sollten, und Adenauer mimt Opposition gegen Hitler. Dann ist er durchaus für Hitler, genau wie seine Ruhrkollegen. Gegenwärtig, da die Monopolherren von der Ruhr ihre Rettung im Bündnis mit der Wall Street suchen, dient Adenauer brav dem Willen der amerikanischen Generale.

Alte Verbindungen helfen ihm bei der Erfüllung dieser neuen Funktion. Schon in den zwanziger Jahren liefen durch die Deutsche Bank, wo Adenauer eine gewichtige Rolle spielte, amerikanische Millionenanleihen. Eine andere Gesellschaft

Adenauers, die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk-AG., erhielt von Übersee 72,5 Millionen Dollar. Amerikanische Kapitalien sind auch in der Ruhrgas-AG. investiert, an deren Leitung Adenauer seit langem teilnimmt. Der Oberbürgermeister von Köln hatte seit jeher mit dem Kölner Bankier Baron Kurt von Schröder, dem Vertreter des englisch-amerikanisch-deutschen Bankhauses Schröder, Beziehungen unterhalten. Fäden über den Ozean laufen von Adenauer auch über das ihm nahestehende deutsch-amerikanische Bankhaus Warburg. Endlich ist Adenauer ein Verwandter des gegenwärtigen amerikanischen Hohen Kommissars und Bankiers John G. McCloy...

Demnach haben die englisch-amerikanischen Behörden zwei offenkundige Reaktionäre, zwei prinzipienlose politische Geschäftemacher zu ihren nächsten Vertrauensleuten in der Leitung der westdeutschen Republik auserkoren.

Dementsprechend ist auch das westdeutsche Ministerkabinett zusammengesetzt worden. Acht Sitze in dem Kabinett erhielt die CDU/CSU, drei die FDP (die Partei Prof. Heuß) und zwei die monarchistische Deutsche Partei.

Stellvertretender Bundeskanzler und Minister für die Angelegenheiten des Marshallplans ist der Essener Bankier und zweite Vorsitzende der Heuß-Partei, Franz Blücher. Zum Innenminister wurde Dr. Gustav Heinemann ernannt, ehemaliger Geschäftsführer der Rheinischen Stahlwerke-AG., die der nazistische Ultratrust I.G. Farbenindustrie kontrolliert hatte, gegenwärtig Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke. Wirtschaftsminister wurde Dr. Ludwig Erhard, ehemaliger Professor der nazistischen Handelshochschule in Nürnberg, Direktor der Hauptverwaltung Wirtschaft für Bizonien während der Jahre 1947 bis 1949. Erhard ist ein Anbeter des Marshallplans und der amerikanischen Anleihen. Einem Reuter-Korrespondenten teilte er mit, er werde als Minister aufrichtig bestrebt sein, die Voraussetzungen für die Heranziehung ausländischen Kapitals zu schaffen...

Verkehrsminister wurde Dr. Seebohm, ein schlesischer Fabrikant, ehemaliges Mitglied des Aufsichtsrats der I.G. Farbenindustrie, gegenwärtig Leiter mehrerer Unternehmerverbände. In der Rolle des Finanzministers ist Dr. Fritz Schaefer wieder aufgetaucht, den im Jahre 1946 sogar die amerikanische Besatzungsmacht vom Posten des bayrischen Ministerpräsidenten hatte absetzen müssen, weil er sich weigerte, die Entnazifizierung zu betreiben, und weil er mit nazistischen und militaristischen Kreisen in Verbindung stand. Der Minister „für gesamtdeutsche Fragen“ (!), Jakob Kaiser, und der Minister für Flüchtlingswesen, Dr. Hans Lukaschek, sind bekannt durch

ihre Revanchestimmungen. Die übrigen Regierungsmitglieder sind bedeutungslose Vertreter der reaktionären Parteien, die in Bonn die „Regierungskoalition“ bildeten.

Diese Koalition ist die Frucht langwieriger Beratungen in Frankfurt, Bonn und Köln, bei welchen die amerikanischen Behörden ihren Willen diktierten. Um ihre Spuren zu verwischen, betrauten die USA-Generale die westdeutschen Monopolherren mit der unmittelbaren Geschäftsführung in Trizonien. Durch sie wurden die reaktionären Parteien vor den Wahlen finanziert. Im besonderen hat einer der wichtigsten amerikanischen Agenten im Ruhrgebiet, der Leiter des Konzerns Gutehoffnungshütte, Hermann Reusch, zwei Millionen Mark zur Unterstützung Adenauers eingebracht. Die Unternehmer von Württemberg-Baden sammelten vier Millionen Mark für den Fonds der Rechtsparteien. Fäden dieser Operationen liefen beim Bankier Pferdenges zusammen. Unter unmittelbarer Mitwirkung Pferdenges wurde denn auch die Zusammensetzung der „Koalition“ festgelegt.

* * *

Die auf Geheiß Amerikas ernannten Heuß und Adenauer begannen sofort mit Volldampf die Weisungen ihrer Herren auszuführen. Adenauer erklärte gleich in seinen ersten offiziellen Reden, er sei nicht gewillt, die Ostgrenzen Deutschlands an der Oder und der Neiße anzuerkennen; auch sprach er sich für die Einbeziehung Trizoniens in die „Europäische Union“ aus, ja sogar für den Beitritt zum Nordatlantikkpakt.

Adenauer stellte die Forderung auf, es solle unverzüglich ein Separatfrieden zwischen den Westmächten und Trizonien geschlossen werden, und deckte damit die auf weitere Sicht berechneten Pläne der USA-Politik auf. Für diese Taktlosigkeit mußte er sogar von der britischen Militärregierung eine Zurechtweisung einstecken: sie erklärte diese Forderung für „unstatthaft“. Die öffentlichen Auslassungen Adenauers bestätigen,

daß die USA-Politik in Deutschland mit dem Programm der deutschen neofaschistischen Reaktion identisch ist.

Daß Washington auf Adenauer setzt, bedeutet keineswegs, daß es auf die Dienste Schumachers verzichtet, der gegenwärtig von der Macht abgedrängt worden ist. Im Gegenteil! Den rechten Sozialdemokraten ist eine besondere und keine geringe Rolle zugeordnet. Sie erhalten nun die Möglichkeit, sich als „Opposition“ aufzuspielen. Schon haben die sozialdemokratischen Führer „16 Punkte der Opposition“ aufgestellt, die, nebenbei gesagt, keinen einzigen von den wichtigeren Grundsätzen im politischen Programm der Bonner Minister ablehnen. Nicht zufällig hat Schumacher am 21. September in seiner Bonner Programmrede erklärt: „... Wir sind nicht eine bloße Negationserscheinung dieser Regierung.“

Indes die Bonner Politikaster Regierung spielen, haben ihre Herren, die drei Hohen Kommissare, ihre Residenz im Hotel Petersberg zu Bonn aufgeschlagen und schon eine Reihe neuer Beschlüsse kundgemacht. Da wurde eine Anordnung über die Erhöhung der Besatzungskosten in drei Ländern Trizoniens, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen, erlassen. Gleichzeitig wurde verkündet, daß die „Hohe Kommission“ die Ausübung der Funktionen jener berüchtigten Vereinigten Export-Import-Agentur auf sich nehme, die den Außenhandel Westdeutschlands dirigiert.

* * *

Washington und London haben Deutschland unter gröblicher Verletzung der Potsdamer und Pariser Beschlüsse zerstückelt und versuchen nun, ihrem Kolonialregime in den Westzonen durch Bildung eines deutschen Separatstaates mit einer Marionettenregierung die Fassade zu geben. Diese unter Mißachtung aller internationalen Abmachungen geschaffene Regierung hat nicht das geringste Gewicht und keine Kraft, weder in Deutschland selbst noch jenseits seiner Grenzen.

Die Währungsabwertung in den kapitalistischen Ländern

N. SERGEJEW

DAS ERGEBNIS der Washingtoner Finanzverhandlungen Cripps' und Bevins mit Acheson und Snyder war, anstatt der verheißenen Wiederherstellung einer Atmosphäre des Vertrauens und der Ruhe, ein finanzielles Erdbeben. Am 18. September wurde die Pfundabwertung zur Tatsache. Das Pfund Sterling wurde in einem Ausmaß entwertet, das die internationale Börse offensichtlich nicht erwartet hatte: um mehr als 30 Prozent. Das Pfund Sterling wird jetzt nicht mehr mit 4,03 Dollar kotiert, sondern mit 2,8 Dollar.

Bei seinem Sinken zog das Pfund unverzüglich auch die Währungen der britischen Dominions, der Kolonien, der marshallisierten Länder, der Teilnehmer des Sterlingblocks hinab. Im Laufe von zwei bis drei Tagen senkten 23 kapitalistische Staaten den Wechselkurs ihrer Währungen, darunter Frankreich, Kanada, Schweden, Holland, Dänemark, Finnland, Indien, Italien. Diese Welle wird anscheinend auch andere kapitalistische Länder mit sich reißen. An den Börsen und in Geschäftskreisen macht sich eine fieberhafte Belebung bemerkbar. In Erwartung der unausbleiblichen Preissteigerung kaufen die Schieber Waren und die Agenten des Vatikans Goldmünzen auf.

Die Abwertung von rund zwei Dutzend Währungen ist ein Ereignis von großer internationaler Bedeutung, dessen unermeßliche Folgen gegenwärtig noch nicht in ihrer ganzen Tragweite erfaßt werden können. Aber einige Züge dieser Angelegenheit heben sich bereits jetzt mit genügender Klarheit ab.

Vor allem ist es ganz offensichtlich, daß die Währungsabwertung als direkte und unmittelbare Folge eine Preiserhöhung, ein Steigen der Lebenshaltungskosten und folglich eine weitere Verschlechterung der materiellen Lage der Werktätigen nach sich ziehen wird. In England ist der Brotpreis schon am Tage nach der Abwertung um 30 Prozent gestiegen, da England Weizen aus Amerika importiert. Die Erhöhung der Brot-, Kohlen- und Tabakpreise in den marshallisierten Ländern ist nur der Anfang. Die Kosten der Lebenshaltung werden auch weiter steigen. Das Sinken des Reallohns der Werktätigen ist bereits keine Tatsache des kommenden Tages mehr, sondern eine Tatsache des heutigen Tages. Somit wird der von den Magnaten der Wall Street und

der City schon lange gehegte Plan zur „Herabsetzung der Produktionskosten“ auf Rechnung der Arbeiterklasse durchgeführt. Am offenerzigsten schreibt darüber die italienische Presse. So erklärt die Zeitung „Ventiquattro Ore“:

„Die Währungsabwertung ist einfach nur ein Ersatz für die Herabsetzung der Produktionskosten oder, besser gesagt, ein indirektes Mittel zur Herbeiführung dieser Herabsetzung, da sie durch direkte Senkung der Löhne der Werktätigen nicht zu bewerkstelligen ist.“

Die Zeitungen „Messaggero“ und „Tempo“ schreiben offen, die Abwertung sei vor allem notwendig, um — unter dem Vorwand des „Kampfes um die Herabsetzung der Produktionskosten innerhalb des Landes“ im Interesse der „Konkurrenzfähigkeit auf den Außenmärkten“ — den Lebensstandard der Arbeiterklasse herabzusetzen.

Es ist ganz unverkennbar, daß die Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter wieder einbringen wollen, was sie infolge der verstärkten Konkurrenz und der Preisstürze auf dem Außenmarkt bei gleichzeitiger Verteuerung der für Dollars anzukaufenden Rohstoffe und Waren, d. h. bei gleichzeitiger Steigerung der Gestehungskosten, verloren haben.

Bekanntlich verlangen die Labourminister schon lange eine Herabsetzung der „Produktionskosten“ auf Rechnung der Arbeiterklasse. Jetzt ist besonders klar zu sehen, welche Ziele die von diesen Ministern mit Hilfe der Bosse des Generalrats des TUC so hartnäckig betriebene Politik des Lohnstopps und des Streikverbots verfolgte.

Die Abwertung ist zweifellos dazu angetan, unter den zahlreichen unpopulären Maßnahmen der englisch-amerikanischen Regierungskreise alle Rekorde zu schlagen. Die Bevölkerung und weiteste gesellschaftliche Kreise aller Länder äußern eine gewaltige Empörung über diese Finanzmanipulation.

In England, wo die erste Folge der Pfundabwertung eine Brotverteuerung war, ist in nächster Zeit eine bedeutende Steigerung der Lebenskosten überhaupt zu erwarten. Diese Aussicht konnte auch Cripps selber bei seinen ersten verworrenen Erklärungen über die Abwertung nicht bestreiten. In diesem Zusammenhang erhob sich in den Ortsgruppen der Gewerkschaften ein regelrechter Sturm. Wie die Arbeitermassen die Handlungsweise der Labourregierung beurteilen,

darüber kann man nach einer Resolution der Ortsgruppe der Vereinigten Gewerkschaft der Maschinenaubauer in Barrow-in-Furness (Lancashire) urteilen, in der die Abwertung als „böswillig betriebene Offensive gegen den Lebensstandard der Arbeiter“ bezeichnet wird. Die englischen Werktätigen verstehen, daß das USA-Monopolkapital und die Geschäftsherren von der City ein schmäliches Abkommen über die Senkung des Lebensstandards der Massen geschlossen haben, um den englischen Monopolbesitzern billige Arbeitskraft zu gewährleisten und das Eindringen des USA-Kapitals in die Länder des britischen Empires und in seine Kolonien zu erleichtern.

Angesichts der allgemeinen Entrüstung und Unruhe haben sich die Leiter des Generalrats des TUC in einen Winkel verkrochen und bewahren völliges Schweigen. Lawther, Deakin und Tewson hatten eben erst auf dem Trade-Union-Kongreß einen Beschluß durchgesetzt, der auf die Unterdrückung des Widerstandes der Arbeiter gegen die Offensive des Kapitals hinzielt. Die Pfundabwertung hat die doppelzünglerische Taktik der Bosse des Generalrats restlos bloßgelegt. In ihrer Sitzung vom 20. September faßten sie den weisen Beschluß, sich einer Beurteilung der von der Labourregierung vorgenommenen Operation zu enthalten. Manche Beobachter wunderten sich über einen solchen Beschluß, andere kamen darauf, daß die Trade-Union-Bosse einfach nichts zu sagen haben, wieder andere sehen voraus, daß es der Spitzenclique der Gewerkschaften schwerfallen wird, die Gewerkschaftsmitglieder zur Unterstützung der Regierungspolitik zu zwingen.

Die Abwertung hat in den Volksmassen Aufregung und Entrüstung hervorgerufen, ohne die versprochene „Beruhigung“ auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gebracht zu haben. Die New Yorker Börse reagierte auf die Abwertung mit einem jähen Kurssturz. Die Gesamtsumme der Verluste infolge des Kurssturzes der Aktien belief sich am 20. September auf eine Milliarde Dollar.

Selbstverständlich wird eine bestimmte Gruppe von amerikanischen Geschäftsherren, darunter vor allem die großen Monopolbesitzer, die internationalen Bankiers und Schieber, aus der Abwertung gewaltige Vorteile ziehen. In den von der Abwertung betroffenen Ländern kann man heute für die gleiche Dollarsumme mehr Sachwerte — Immobilien, Aktien, Betriebe — erstehen als gestern. Die Rüstungskonzerne insbesondere erhalten die Möglichkeit, strategisch wichtige Rohstoffe billiger als früher zu kaufen.

Die Währungsabwertung erleichtert die von Truman eröffnete Kampagne für die Erweiterung der USA-Investitionen im Ausland, sie öffnet dem

USA-Kapital Tür und Tor noch weiter zur Durchdringung der Wirtschaft anderer Länder. Die amerikanischen Geschäftsherren kaufen die vorteilhaftesten und einträglichsten Unternehmen auf. Das droht, die landeseigene Industrie vieler Länder in weitere Schwierigkeiten zu stürzen. In französischen, italienischen und englischen Gewerkschaftskreisen wird mit Recht darauf hingewiesen, daß sowohl Betriebe als auch ganze Industriezweige von den amerikanischen Konkurrenten erdrückt werden und daß in diesem Zusammenhang ein Wachstum der Arbeitslosigkeit unvermeidlich ist. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Washington zur gleichen Zeit die Aufhebung der Zollschränken für USA-Waren, die Abschaffung jeglicher Beschränkungen amerikanischer Kapitalinvestitionen sowie die freie Umwechslung der von den amerikanischen Geschäftsherren erzielten Profite in Dollars anstrebt (und auch schon zum Teil erreicht hat, z. B. in Frankreich).

Diese Forderungen machen deutlich sichtbar, welche Gewinne die internationale Finanzmanipulation, die die Wall Street durchgeführt hat, den USA-Monopolbesitzern verspricht.

Zugleich ist es jedoch ganz offensichtlich, daß diese Machination, wie groß ihr Maßstab auch sein mag, doch nicht imstande ist, das Hauptproblem zu bewältigen, an dem der Marshallplan gescheitert ist. Cripps streut den Engländern Sand in die Augen, wenn er so tut, als erleichtere die Abwertung England die Lösung des Problems des Dollardefizits: die Senkung des Pfundkurses, so sagt er, wird eine Verbilligung der englischen Waren nach sich ziehen und deren Konkurrenzfähigkeit auf den Außenmärkten, darunter namentlich auf dem USA-Markt, verstärken, was zu einer gesteigerten Ausfuhr und folglich auch zu einem Dollarzustrom führen werde.

Von dieser Rechnung kann man nur eins sagen: daß es eine Milchmädchenrechnung ist. Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß England die Gesamtmenge der Exportgüter nahezu verdreifachen muß, um die Verluste wettzumachen, die sich aus der Abwertung und der Notwendigkeit ergeben, USA-Waren zu höheren Preisen zu kaufen, an die USA aber billiger zu verkaufen. Die englischen Waren werden für Käufer, die mit Dollars zahlen, billiger, dafür aber werden sie mit der verstärkten Konkurrenz der anderen Länder zu kämpfen haben. Die Berechnungen der englischen Minister wurden ja sofort von den Ministern der andern marshallisierten Länder wiederholt: diese beeilten sich, den Wechselkurs ihrer Währungen zu senken, damit ihre Waren auf den Außenmärkten der Konkurrenz mit den englischen Waren standhalten könnten, die für Käufer, die mit Dollars zahlen, billiger

**ÜBER DIE VERURTEILUNG
DER VORBEREITUNG EINES NEUEN KRIEGES
und den
ABSCHLUSS EINES FÜNFMÄCHTEPAKTS
ZUR FESTIGUNG DES FRIEDENS**

**Rede A. J. WYSCHINSKIS,
gehalten in der Plenarsitzung der UNO-Vollversammlung
am 23. September 1949**

Über die Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und den Abschluß eines Fünfmächtepakts zur Festigung des Friedens

Rede A. J. WYSCHINSKIS,
gehalten in der Plenarsitzung der UNO-Vollversammlung
am 23. September 1949

Nach geltender Gepflogenheit beginnt die Vollversammlung ihre Arbeit mit einer allgemeinen Diskussion, um den zurückgelegten Weg kritisch zu überblicken, ihre Tätigkeit im abgelaufenen Zeitabschnitt zu beurteilen, die Perspektiven für ihre weitere Arbeit vorzumerken und die Bedingungen zu definieren, die der UNO helfen könnten, die vor ihr stehenden Aufgaben zu lösen.

Aber bei weitem nicht alle Delegierten fassen ihre Aufgaben und ihre Rolle auf der gegenwärtigen Tagung in diesem Sinne auf. Einer dieser Delegierten, der Vertreter der Kuomintangregierung, Herr Tschiang, machte gestern den Versuch, die Tribüne der Vollversammlung zu schmutzigen Insinuationen und verleumderischen Ausfällen gegen die Sowjetunion zu mißbrauchen. Bei seinem Exkurs in die Geschichte ließ es Herr Tschiang natürlich an elementarer Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit gegenüber den geschichtlichen Tatsachen fehlen, die er größtenteils fälschte und entstellte. Er verschwieg z. B. die Wahrheit, daß die Sowjetunion, und allein die Sowjetunion, durch die Unterzeichnung eines Abkommens mit China über die Hauptgrundsätze zur Regelung der zwischen der UdSSR und China schwebenden Fragen der einzige Staat war, der schon vor 25 Jahren auf alle die Souveränität Chinas verletzenden zaristischen Verträge Verzicht leistete. Er verschwieg auch die Wahrheit, daß dieses Abkommen der einzige auf Gleichberechtigung beider Partner fußende Vertrag war, den eine Großmacht auf Grundlage der Achtung des Prinzips der Gleichheit und Unabhängigkeit Chinas abschloß, eines Prinzips, dem die große Sowjetunion stets treu war, ist und bleiben wird. Durch Fälschung der Tatsachen, durch Insinuationen gegenüber der UdSSR hat Herr Tschiang nur eins bewiesen — den bestialischen Haß der von ihm vertretenen zugrunde gehenden reaktionären Kreise Chinas gegen all das Fortschrittliche und wirklich Demokratische, für das die Völker, geführt von ihren besten Vertretern, jetzt in allen Ländern kämpfen, indem sie ihre Unabhängigkeit und Freiheit vor imperialistischer Unter-

drückung und Entrechtung verteidigen. Aber es steht Menschen, die Selbstachtung haben, nicht an, mit den Herren Tschiang und ihresgleichen zu polemisieren.

Ich gehe zu meinem Hauptthema über.

Bekanntlich ist die Tätigkeit der UNO aufs engste mit jenen außenpolitischen Beziehungen verknüpft, die sich unter den Mitgliedsstaaten der UNO gestalten, sie ist verbunden mit der Außenpolitik der erwähnten Staaten, vor allem derjenigen Staaten, die die führende Rolle in der Organisation spielen und auf denen auch die Hauptverantwortung für die Ausrichtung der Tätigkeit der UNO lastet. Es ist deshalb durchaus natürlich, daß die Sachlage in der UNO nicht unbeeinflusst bleiben kann von der Politik solcher ihrer Mitglieder, wie die USA und Großbritannien, unter deren Leitung sich ein von ihnen zusammengezimmerter Block betätigt.

Das seit der letzten Tagung vergangene Jahr weist große und wichtige Ereignisse im internationalen Leben auf. Diese Ereignisse zeigen, daß die in der Vollversammlung vorherrschende englisch-amerikanische Mehrheit nicht nur keine Festigung der UNO und folglich keine Festigung der internationalen Zusammenarbeit anstrebt, sondern im Gegenteil eine auf die Unterwühlung des Einflusses und Ansehens der UNO, ja auf die Unterwühlung der Grundlagen der Organisation selbst hinzielende Tätigkeit betreibt. Die Tatsachen sprechen davon, daß die Regierungen der USA und Englands, trotz ihrer heuchlerischen Erklärungen über Unterstützung der UNO, in Wirklichkeit unter Umgehung der UNO, hinter ihrem Rücken und nicht selten auch gegen sie handeln. Davon zeugen Tatsachen wie die rechtswidrige Bildung des intersessionellen Ausschusses, wie die unter Verletzung der Satzung erfolgte Organisierung der sogenannten Balkankommission und der Koreakommission, wie der nicht enden wollende Feldzug gegen das Prinzip der Einstimmigkeit, das einer der wichtigsten Grundpfeiler der Organisation ist.

I. Die Nordatlantische Union und der Marshallplan sind Sprengstollen unter die UNO

Zu den bedeutsamsten Tatsachen dieser Art gehört die auf Initiative der USA und Großbritanniens gebildete Nordatlantische Union, die einen direkten Sprengstollen unter die UNO darstellt. Es ist in aller Erinnerung, daß in einer Erklärung des USA-Staatsdepartements im Januar dieses Jahres verkündet wurde, die Schaffung der Nordatlantischen Union sei von dem Bestreben diktiert worden, die UNO zu festigen. Die Urheber der Nordatlantischen Union beriefen sich hierbei auf Artikel 51 der UNO-Satzung, der das Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung bei einem bewaffneten Überfall auf ein Mitglied der Organisation vorsieht. In Wirklichkeit ist die Nordatlantische Union nicht nur keineswegs dazu bestimmt, der Festigung der UNO zu dienen, und dient ihr auch keineswegs, sondern versetzt ganz im Gegenteil der Organisation einen neuen schweren Schlag und trägt zu ihrer weiteren Schwächung bei. Die Schaffung jener Staatengruppierung, zu der die Teilnehmer der Nordatlantischen Union gehören, steht in direktem Widerspruch zur UNO-Satzung und bildet eine direkte Verletzung der Verpflichtungen, die die betreffenden Mitgliedsstaaten der UNO laut dieser Satzung übernommen haben.

Die Sowjetregierung hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die Schaffung der Nordatlantischen Union nicht mit Berufungen auf das Recht eines jeden UNO-Mitglieds zu individueller oder kollektiver Selbstverteidigung gerechtfertigt werden kann. Ein solches Recht kann laut Artikel 51 der Satzung lediglich bei einem bewaffneten Überfall auf ein Mitglied der Organisation in Erscheinung treten. Indessen droht bekanntlich weder den USA noch Großbritannien oder irgendeinem andern Mitgliedsstaat dieser aggressiven Gruppierung irgendein bewaffneter Überfall, und so entbehren die Berufungen auf Artikel 51 jeglicher Begründung. Solche Berufungen sind nichts anderes als ein Versuch, den wirklichen politischen Sinn des Nordatlantischen Vertrags zu vertuschen und die öffentliche Meinung der Völker der Signatarstaaten dieses Pakts und der ganzen Welt zu betrügen. Der wirkliche politische Sinn des Nordatlantischen Vertrags und der auf diesem Vertrag begründeten Union wurde von der Sowjetunion in den Denkschriften vom 29. Januar und 31. März 1949 bloßgelegt, in denen aufgezeigt wurde, daß die Ziele des Nordatlantikpakts in dem Bestreben der regierenden Kreise der USA und Großbritanniens zutage treten, eine möglichst große Anzahl von Staaten der

nationalen Interessen entsprechende Innenpolitik zu betreiben, in dem Bestreben, diese Staaten als Hilfsmittel zur Ausführung ihrer auf die Errichtung einer Weltherrschaft hinzielenden aggressiven Pläne auszunutzen. Die Sowjetregierung wies darauf hin, daß der Nordatlantikpakt gleichzeitig dazu bestimmt ist, zur „Einschüchterung der Staaten zu dienen, die nicht einverstanden sind, sich dem Diktat der englisch-amerikanischen Mächtegruppierung zu unterwerfen, die auf Weltherrschaft Anspruch erhebt, obwohl die Unhaltbarkeit derartiger Ansprüche erneut durch den zweiten Weltkrieg bestätigt wurde, der mit der Zertrümmerung des faschistischen Deutschland endete, das gleichfalls Anspruch auf die Weltherrschaft erhob“.

Darin besteht der wahre Sinn der Nordatlantischen Union, deren Ziele und Aufgaben nichts gemein haben mit den Zielen und Aufgaben der Organisation der Vereinten Nationen, verpflichtet doch die UNO-Satzung dazu, die souveräne Gleichheit der Staaten und ihre Unabhängigkeit zu achten. Der aggressive Charakter der Nordatlantischen Union wird auch durch die offiziellen Äußerungen bestätigt, die in letzter Zeit im Zusammenhang mit den Bewilligungen für die Bewaffnung der Mitglieder der Nordatlantischen Union und für die Durchführung anderer auf die Vorbereitung eines neuen Krieges abzielender militärischer Maßnahmen von Seiten solcher USA-Vertreter erfolgten, wie Präsident Truman, Staatssekretär Herr Acheson, Vorsitzender der Chefs der vereinigten Stäbe, General Bradley, und andere.

Eine Reihe anderer, vom heutigen außenpolitischen Kurs der USA und Englands diktiert Maßnahmen ist gleichfalls auf die Unterwühlung der UNO gerichtet. Das ist in erster Linie von dem zusammengebrochenen Marshallplan zu sagen, der einen wichtigen Bestandteil des Systems militärischer und politischer westlicher Staatenblocks darstellt, die gegen die UdSSR und die Länder der Volksdemokratie gerichtet sind. Die Organisatoren des Marshallplans tarnen dieses Ziel geflissentlich durch Berufungen darauf, der Marshallplan habe das Ziel, den westeuropäischen Staaten lediglich wirtschaftliche Hilfe zu erweisen. Der Marshallplan bedeutete und bedeutet die Spaltung Europas in zwei Lager. Dieser Plan, der der Entwicklung der landeseigenen Industrie der westeuropäischen Länder entgegenwirkt, führt faktisch zur Liquidierung der nationalen Souveränität dieser Länder. Er leitet die westeuropäischen Länder nicht auf den Weg der Wiederherstellung und des Aufschwungs ihrer landes-

eigenen Wirtschaft, sondern auf den Weg der Anpassung dieser Wirtschaft an die Forderungen der kapitalistischen USA-Monopole. Der Marshallplan brachte zweifellos bedeutende Vorteile für die kapitalistischen Großmonopole der USA, deren Profite im Jahre 1947 18 Milliarden Dollar und im Jahre 1948 21 Milliarden Dollar erreichten. Jetzt ist es aber für niemand mehr ein Geheimnis, daß der Marshallplan nicht allein keine Sanierung der westeuropäischen Wirtschaft gebracht hat, wie von seinen Urhebern und Anbetern ausposaunt wurde, sondern daß er diese Wirtschaft endgültig untergraben hat. Zur Bekräftigung dieser Tatsache genügt es, sich auf den im Juni—Juli 1949 veröffentlichten Bericht des UNO-Sekretariats „Über die Weltwirtschaftslage“ zu berufen. Aus diesem Bericht ist klar ersichtlich, daß die Industrieproduktion in allen

Ländern Westeuropas im ersten Jahresviertel 1949 jäh zurückgegangen ist. Zur gleichen Zeit erfuhr in diesen Ländern auch das Wachstum der Arbeitslosigkeit eine jähe Beschleunigung. Die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich ist in dieser Zeitspanne auf das Anderthalbfache gestiegen, in der amerikanischen und in der englischen Besatzungszone Deutschlands fast auf das Doppelte, in Holland und Norwegen auf das Doppelte usw. Bekanntlich nimmt die Arbeitslosigkeit auch in den USA, wo es über 4 Millionen Erwerbslose gibt, nach wie vor zu. Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den USA wird auch in dem oben erwähnten Bericht des UNO-Sekretariats konstatiert. Der Marshallplan war ein empfindlicher Schlag für die Werktätigen der marshallisierten Länder, da er zur Senkung ihrer Kaufkraft und zu weiterer Verelendung geführt hat.

II. Die neuen Erfolge des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus in der UdSSR und in den Ländern der Volksdemokratie

Im Gegensatz zu dieser Lage in den westeuropäischen Ländern, die an der Bürde der sogenannten Hilfe im Rahmen des Marshallplans schleppen, setzen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie ihre Pläne zum Wiederaufbau und zur weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft erfolgreich in die Tat um.

Die Sowjetunion schreitet sicher auf dem Wege der weiteren Entwicklung ihrer Wirtschaft vorwärts, wobei sie ihre wirtschaftliche Macht immer mehr festigt und den weiteren Aufschwung des kulturellen und materiellen Lebensstandards des Sowjetvolkes noch stärker beschleunigt.

Während in den kapitalistischen Ländern und besonders in den marshallisierten Ländern die Wirtschaftslage mit jedem Tage schlechter wird, die Wirtschaft dieser Länder in jähem Abstieg begriffen ist, der Lebensstandard der Bevölkerung sich verschlechtert, der Reallohn fällt, die Profite der Kapitalisten aber, wie wir oben sahen, wachsen, — beobachten wir in der Sowjetunion und in den Ländern der Volksdemokratie im Gegensatz hierzu einen mächtigen Aufschwung auf allen Gebieten der Volkswirtschaft, begleitet von einem gewaltigen Ansteigen des kulturellen und

materiellen Wohlstands der Bevölkerung. Aus der kürzlich veröffentlichten Mitteilung der Statistischen Zentralverwaltung über die wirtschaftlichen Ergebnisse in der UdSSR im zweiten Kalenderviertel 1949 ist ersichtlich, daß die industrielle Produktion in der UdSSR im Vergleich mit dem zweiten Kalenderviertel des Vorjahrs um 20 Prozent gestiegen ist. Es wächst die zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse, es steigt die Arbeitsproduktivität, die Preise für Waren des Massenbedarfs werden gesenkt, es erhöht sich der Reallohn der Werktätigen und mit ihm die Kaufkraft der Bevölkerung.

Die Erfolge der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie auf dem Gebiet der Wiederherstellung der Volkswirtschaft werden auch in dem oben erwähnten Bericht des UNO-Sekretariats „Über die Weltwirtschaftslage“ konstatiert; der Bericht muß zugeben, daß die Industrie und die landwirtschaftliche Produktion in der Sowjetunion und in den Ländern der Volksdemokratie im Gegensatz zu den Ländern Westeuropas und zu allen übrigen Ländern der Welt im ersten Kalenderviertel des Jahres 1949 unaufhaltsam weiter wuchs.

III. Die Politik der USA und Englands zielt auf die Vorbereitung eines neuen Krieges hin

Die Politik der USA und Großbritanniens, die, wie wir oben gesehen haben, auf die Schwächung und sogar auf die Unterminierung der UNO abzielt, ist die Hauptursache der völlig unbefriedigenden Sachlage in so verantwortlichen UNO-

Organen wie dem Sicherheitsrat, der Atomkommission, der Kommission für konventionelle Rüstungen, dem militärischen Stabsausschuß, dem Wirtschafts- und Sozialrat u. a. In allen diesen Organen versuchen die USA und Groß-

britannien, bei der Verfolgung ihrer nichts mit den Zielen und Aufgaben der UNO gemein habenden Absichten mit der Methode des Diktats und der zwangsweisen Veranlassung anderer Staaten zur Annahme ihrer eigenen Entscheidungen vorzugehen, wobei sie sich auf eine ihnen gefügige Mehrheit stützen. Infolgedessen führt ein so wichtiges Organ wie z. B. die Atomkommission schon fast vier Jahre lang die Beschlüsse der Vollversammlung nicht durch, die sich auf die Ausarbeitung von Maßnahmen zwecks Verbots der Atomwaffe und auf die Herstellung einer internationalen Atomenergiekontrolle zur Unterbindung einer Ausnutzung dieser Energie für militärische Zwecke beziehen. Diese Lage in der Atomkommission hat sich infolge der unaufhörlichen Versuche der USA und Großbritanniens ergeben, der Kommission ihren Plan einer internationalen Kontrolle aufzuzwingen, mit dem sich kein Staat einverstanden erklären kann, dem seine Unabhängigkeit und staatliche Souveränität teuer sind.

Aus den gleichen Gründen zeitigte bis jetzt auch die Arbeit der Kommission für konventionelle Rüstungen, der die wichtige Aufgabe der Vorbereitung von Maßnahmen zur Beschränkung der Rüstungen und Streitkräfte auferlegt ist, keine Ergebnisse.

Was den Wirtschafts- und Sozialrat angeht, so mißachtet dieser gänzlich derartig wichtige Probleme der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit wie die Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in den vom Kriege betroffenen Ländern, die Rechte der Gewerkschaften, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die in den kapitalistischen Ländern immer stärker und stärker in Erscheinung tritt und Millionen Menschen zum Ruin, zu Hunger und Elend verurteilt. All dies entbehrt der gebührenden Aufmerksamkeit des Wirtschafts- und Sozialrates, der es vorzieht, sich mit „Problemen“ zu befassen wie dem der Schädlichkeit des Kauens von Kokablättern.

Ebenso unbefriedigend ist auch die Sachlage in anderen UNO-Organen. Mit einem solchen Zustand darf man sich nicht abfinden. Die UNO muß der zustande gekommenen Lage steuern, muß Maßnahmen zur Beseitigung der Hindernisse ergreifen, die es ihren Organen erschweren, normal zu arbeiten, um die wichtigen und verantwortlichen Aufgaben zu erfüllen, die vor der UNO stehen.

Die Sowjetunion hält es jedoch für notwendig zu erklären, daß eine Besserung der Lage in der UNO nur dann möglich ist, wenn alle Mitglieder der Organisation die Satzung sowie deren Grundsätze einhalten und um die Festigung der Autorität der UNO besorgt sein werden, statt in Verfolgung ihrer engstirnigen Gruppeninteressen, die nichts mit den Zielen der Vereinten Nationen zur Festigung der internationalen Zusammenarbeit,

des Friedens und der Sicherheit der Völker gemein haben, das Fundament zu zerrütten, auf dem die UNO aufgebaut ist.

Die USA und Großbritannien wie auch einige andere Länder, die im Fahrwasser des englisch-amerikanischen Blocks treiben, verfolgen diametral entgegengesetzte Ziele: nicht Zusammenarbeit und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen unter den Völkern, sondern Untergrabung dieser Zusammenarbeit, Bildung militärischer aggressiver Staatenblocks, Vorbereitung eines neuen Krieges. In Verfolgung dieser Ziele betreiben die USA und Großbritannien ein rasendes Wettrüsten, blähen die Militärhaushalte auf, richten neue und neue militärische Stützpunkte auf den Territorien fremder Staaten ein, ergreifen auch andere Maßnahmen zur Vorbereitung eines neuen Krieges und begleiten dies alles mit einer zügellosen, von diesen Regierungen geförderten Kriegspropaganda.

Die tolle Aufrüstung in den Vereinigten Staaten kann man nach den Bewilligungen für unmittelbare militärische Zwecke in den USA beurteilen, die für das Jahr 1950 14,3 Milliarden Dollar betragen gegenüber den für 1949 bewilligten 11 Milliarden Dollar, während die unmittelbaren militärischen Aufwendungen in den USA in den Vorkriegsjahren 1936 — 1,1 Milliarden, und 1937 sowie 1938 je 1,2 Milliarden Dollar ausmachten. Das bedeutet, daß die unmittelbaren militärischen Aufwendungen in den USA im Jahre 1950 das Zwölfwache der militärischen Aufwendungen in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg betragen! Zur gleichen Zeit werden für den Gesundheitsschutz, für Volksbildung und soziale Versorgung in den USA lediglich 2,3 Milliarden Dollar bereitgestellt.

Ein fieberhaftes Aufrüsten ist gegenwärtig auch für England kennzeichnend, wo die militärischen Aufwendungen im Rahmen des Staatshaushaltes mit jedem Jahre zunehmen und wo jetzt unter den regierenden Kreisen die Parole Görings „Kanonen statt Butter“ weite Verbreitung gefunden hat.

Obwohl der Krieg schon lange vorbei ist, haben die USA nicht allein die hunderte Militärstützpunkte, die sie während des Krieges in allen Teilen der Welt errichtet hatten, nicht liquidiert, sondern sie fahren fort, neue und neue Land-, Marine- und Luftflottenstützpunkte zu bauen. Die USA und Großbritannien haben vereinigte Militärstäbe aus Vertretern der Teilnehmerländer der aggressiven Blocks gebildet, die jetzt mit der Ausarbeitung von Plänen eines neuen Krieges beschäftigt sind, wobei sie in diesen Plänen der Atomwaffe, in welche die Kriegsbrandstifter ihre größten Hoffnungen setzen, einen hervorragenden Platz einräumen. Ist es verwunderlich, daß die USA und England sich angesichts einer solchen Sachlage weigern, eine Konvention zum Verbot

der Atomwaffe abzuschließen, und es vorziehen, ohne eine solche Konvention auszukommen, um freie Hand zu haben? Es muß darauf hingewiesen werden, daß die zivilisierten Völker die Anwendung von Giftgasen zwecks Massenvernichtung von Menschen im Kriege schon lange verurteilt und auf die Ausnutzung einer solchen Waffe verzichtet haben. Aber die Regierungen der USA und Großbritanniens sind nicht einverstanden, in bezug auf die Atomwaffe den gleichen Weg zu beschreiten und auf die Ausnutzung dieser zur Massenvernichtung von Menschen bestimmten Aggressionswaffe zu verzichten.

Was die Kriegspropaganda angeht, so wird diese trotz dem im Jahre 1947 von der Vollversammlung einmütig angenommenen Beschluß, der die Kriegspropaganda und die Kriegshetzer verurteilt, in den USA und in England nicht nur nicht eingestellt, sondern mit noch größerer Unverfrorenheit und in noch größerem Umfang betrieben, unter offenkundiger Duldung und Förderung durch die amerikanischen regierenden Kreise, die diese Propaganda mit Vorbedacht schüren. Es muß darauf hingewiesen werden, daß hierbei auch das Ziel verfolgt wird, den Volksmassen der eigenen Länder gegenüber die in den

USA und Großbritannien zur Durchführung kommenden militärischen Maßnahmen zu rechtfertigen und sich der Kriegspropaganda und der Kriegshysterie als eines Druckmittels zu bedienen, um größere Bewilligungen für militärische Zwecke zu erwirken. Das erklärte ohne Umschweife die Zeitschrift „United States News“, in deren Augustnummer folgendes Geständnis zu lesen ist.

„In diesem Jahr wird es schwerer fallen, das Programm zur Unterstützung anderer Länder auszuführen, als im vorigen Jahr. Wiederum muß eine Kampagne der Kriegshysterie entfaltet werden, um dem Programm zur Bewaffnung anderer Länder Unterstützung zu verschaffen. Absichtlich verbreitete Kriegsgerüchte sind Betrug, gelten aber als notwendig, um den Kongreß in genügendem Maße aufzustacheln und auf diese Weise die erforderliche Anzahl von Stimmen für das Rüstungsprogramm zu erhalten.“

Man kann sich leicht vorstellen, wieviel Lüge, Verleumdung und gemeine Insinuationen von den berufsmäßigen Lügnern und Fälschern in Umlauf gebracht werden, um den Auftrag der Brandstifter eines neuen Krieges besser zu erfüllen.

IV. Die UdSSR auf der Wacht des Friedens und der Sicherheit der Völker

Das ist die Politik der USA und Großbritanniens mit ihrem Kurs auf die Eroberung der Weltherrschaft.

„Die Politik der derzeitigen Leiter der USA und Englands“, sagte das Haupt der Sowjetregierung, J. W. Stalin, „ist die Politik der Aggression, die Politik der Entfesselung eines neuen Krieges.“

Dieser Politik steht die Politik der Sowjetunion gegenüber, die Politik des Friedens und der Zusammenarbeit unter allen Ländern, die eine solche Zusammenarbeit wünschen, die Politik der Unterstützung der UNO, die nach der berechtigten Äußerung des Hauptes der Sowjetregierung, J. W. Stalins, ein „ernsthafte Werkzeug zur Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit“ ist.

Die Sowjetunion ist den Grundsätzen der internationalen Zusammenarbeit treu. Die Sowjetunion war und ist gegen die Organisierung von Kriegsblocks und militärischen aggressiven Gruppierungen.

In der Plenarsitzung der ersten Tagung der Vollversammlung im Jahre 1946 erklärte die

Sowjetdelegation, in der Tatsache, daß die Sowjetunion die Grundsätze der internationalen Zusammenarbeit anerkennt, äußere sich der feste Wille zum Weltfrieden und die Bereitschaft zu friedlichem Wettbewerb der Staats- und Gesellschaftssysteme auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Die Sowjetdelegation erklärte, daß es im Sowjetvolk kein Schwanken gibt, keinen Zweifel daran, daß der Völkerfriede sowie weitgehende und freundschaftliche Zusammenarbeit restlos den Interessen der Sowjetunion entsprechen und auch den Interessen aller friedliebenden Völker und Länder entsprechen müssen.

Der Führer der Völker der Sowjetunion, J. W. Stalin, sagte im Jahre 1934: „Unsere Außenpolitik ist klar. Sie ist eine Politik der Erhaltung des Friedens und der Verstärkung der Handelsbeziehungen mit allen Ländern. Die Sowjetunion denkt nicht daran, irgend jemanden zu bedrohen, und erst recht nicht, irgend jemanden zu überfallen. Wir sind für den Frieden und verteidigen die Sache des Friedens. Aber wir fürchten keine Drohungen und sind bereit, auf einen Schlag der Kriegshetzer mit einem Gegenschlag zu antworten.“

Fünf Jahre später, im März 1939, sprach J. W. Stalin über die Außenpolitik der Sowjetunion und erklärte wiederum: „Wir sind für den Frieden und für die Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern. Auf diesem Standpunkt stehen wir und werden wir stehen, soweit diese Länder ebensolche Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten werden, soweit sie nicht versuchen, die Interessen unseres Landes zu verletzen.“

Jetzt wie ehemals ist die Sowjetunion den Grundsätzen treu, die in diesen Worten ihres großen Führers ausgedrückt sind. Durch ihre Außenpolitik verteidigt die Sowjetunion unablässig die Sache des Friedens, indem sie die Brandstifter eines neuen Krieges entlarvt, die bereit sind, neue und noch fürchterlichere Katastrophen über die friedliebenden Völker heraufzubeschwören.

Gegenwärtig, da die Mobilmachung der aggressiven Kräfte nicht aufhört, hält die Sowjetunion es für ihre Pflicht, wiederum ihre Stimme zu erheben gegen die Vorbereitung und gegen die Brandstifter eines neuen Krieges, ihre Stimme zu erheben für die Verteidigung des Friedens und der Sicherheit der Völker. In allen Ländern ist eine sich mehr und mehr erweiternde mächtige Bewegung der Volksmassen für den Frieden im

Gange. Die demokratischen Kräfte, die für den Frieden eintreten, wachsen hundertmal rascher als der finstere Haufen der Kriegsbrandstifter. Mehr und mehr wächst auch die Entschlossenheit der demokratischen Kräfte zum Widerstand gegen die niederträchtigen Taten der imperialistischen Aggressoren. Es ist die Pflicht der vereinten Nationen, die in der Satzung ihrer Organisation ihre Entschlossenheit erklärt haben, die kommenden Generationen von Kriegskatastrophen zu erlösen und unsere Kräfte zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu vereinigen, auch ihre Stimme hinzuzufügen zu den Stimmen von Millionen und aber Millionen von Menschen, die gegen den Krieg, für den Frieden und die Freundschaft der Völker auf-treten.

Im Auftrag der Sowjetregierung appelliert die Sowjetdelegation an die Vollversammlung, ihrerseits Maßnahmen zu ergreifen, um den Frieden zu festigen und die Gefahr des neuen Krieges zu bannen, den die von den USA und Großbritannien geführten aggressiven Staatenblocks vorbereiten. Im Auftrag der Sowjetregierung schlägt die Delegation der UdSSR der Vollversammlung vor, folgende Anträge anzunehmen:

V. Die Anträge der Sowjetunion

Im Auftrag der Sowjetregierung schlägt die Delegation der UdSSR der Vollversammlung vor, folgenden Beschluß zu fassen:

„Erstens. Die Vollversammlung verurteilt die in einer Reihe von Ländern, besonders in den USA und in Großbritannien, betriebene Vorbereitung zu einem neuen Krieg, die zum Ausdruck kommt in der von den Regierungen geförderten Kriegspropaganda, im Wettüben und in der eine schwere Belastung der Bevölkerung darstellenden Aufblähung der Militärhaushalte, in der Schaffung zahlreicher Land-, Luftflotten- und Marinestützpunkte auf den Territorien anderer Länder, in der Organisation von Kriegsblocks der Staaten, die den friedliebenden demokratischen Ländern gegenüber aggressive Ziele verfolgen, und in der Durchführung anderer Maßnahmen mit aggressiven Absichten.

Zweitens. Ebenso wie die zivilisierten Nationen schon seit langem die Anwendung von Giftgasen und bakteriologischen Mitteln zu Kriegszwecken als schwerstes Verbrechen an der Menschheit geächtet haben, erachtet die Vollversammlung die Anwendung der Atomwaffe und anderer Mittel zur Massenvernichtung von Menschen als dem Gewissen und der Ehre der Völker widersprechend und mit der Zugehörigkeit zur Organisation der Vereinten Nationen unvereinbar; sie

betrachtet es dabei als unzulässig, daß die Ergreifung praktischer Maßnahmen der Vereinten Nationen zum unbedingten Verbot der Atomwaffe und zur Herstellung einer entsprechenden strengen internationalen Kontrolle weiter verzögert wird.

Drittens. Die Vollversammlung ruft alle Staaten auf, ihre Streitigkeiten und ihre Differenzen mit friedlichen Mitteln beizulegen, ohne zur Anwendung von Gewalt oder zur Drohung mit Gewalt zu greifen. Unter Hervorhebung des unbeugsamen Willens und der Entschlossenheit der Völker zur Verhütung einer neuen Kriegsgefahr und zur Gewährleistung der Erhaltung des Friedens, die sich in der mächtigen Volksbewegung für den Frieden und gegen die Kriegsbrandstifter in allen Ländern offenbaren, und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit fünf Mächten, und zwar den ständigen Mitgliedern des Welt-sicherheitsrates, obliegt, äußert die Vollversammlung einstimmig den Wunsch, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, China, Frankreich und die Sowjetunion zu diesem Ziel ihre Bemühungen vereinen und untereinander einen Pakt zur Festigung des Friedens abschließen.“

geworden sind. Aber welche Aussichten bestehen für alle diese im Interesse des USA-Käufers verbilligten Waren, in die Vereinigten Staaten zu gelangen? Es ist doch bekannt, daß Washington nicht die Absicht hat, seine Märkte für englische oder andere Erzeugnisse zu öffnen. Ein einfaches Mittel zur Öffnung des USA-Marktes wäre die Erleichterung der Zollschränken. Davon ist aber nicht einmal die Rede. Im Zusammenhang mit der heranrückenden Wirtschaftskrise besteht Aussicht nicht auf eine Erweiterung der Aufnahmefähigkeit des USA-Binnenmarktes für ausländische Waren, sondern im Gegenteil auf seine Schrumpfung.

So ist die Abwertung bei weitem kein Mittel, das England oder irgendein anderes Land von der Dollarkrise erlösen könnte.

Das Fiasko des Marshallplans hat die Pläne der USA über den Haufen geworfen, die danach streben, ihren Export auf dem höchstmöglichen Stand zu halten und so die Überproduktionskrise zu mildern. Für die Wall Street ist die Abwertung lediglich eine der Methoden zur Fortsetzung der bisherigen Politik, die auf die Errichtung ihrer Herrschaft auf den europäischen und kolonialen Märkten hinzielt.

Die Wall Street will auf Kosten der Werktätigen in den westeuropäischen Ländern die mit der Wirtschaftskrise verbundenen Verluste wieder hereinbringen. Die businessmen aus den USA haben die Möglichkeit erhalten, noch billiger einzukaufen und noch teurer zu verkaufen. Auf dieser Basis gestalten sie ihre Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen kapitalistischen Ländern. Man kann sich aber leicht vorstellen, daß dies die Wirtschaftsschwierigkeiten besagter Länder nicht beheben, sondern nur verstärken und ihre gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen wie auch ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nicht sanieren, sondern im Gegenteil noch komplizieren wird.

Die Abwertung kann weder die heranrückende Wirtschaftskrise zum Stehen bringen, noch kann sie die kapitalistischen Gegensätze beschwichtigen. Es steht ganz im Gegenteil eine neue Verschärfung des ohnehin erbitterten Kampfes um die Märkte, eine neue Verschärfung der Konkurrenz unter den einzelnen Staaten, eine weitere Senkung der Kaufkraft der Massen und eine weitere Entwicklung der Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Welt bevor.

In den Ländern der Volksdemokratie

Pläne zur Umbildung der Natur in Bulgarien

Der Fünfjahrplan der volkswirtschaftlichen Entwicklung, dessen Verwirklichung Bulgarien am 1. Januar 1949 in Angriff genommen hat, sieht ernsthafte Maßnahmen zur Bekämpfung der Dürre, dieser Geißel Bulgariens, vor. Große Bewässerungsarbeiten in den der Dürre am meisten ausgesetzten Landesbezirken unter Ausnutzung der Donaugewässer, Anlegung von Feldschutz-Waldstreifen sowie Trockenlegung der Sumpfniederungen, der Malariabrutstätten, sind vorgemerkt. Zu diesem Zweck wird man ein umfangreiches Netz von Waldschutzstationen schaffen, die mit den notwendigen Maschinen und anderen technischen Vorrichtungen versorgt sein werden.

Die bulgarische Regierung hat einen zwischenbehördlichen Rat für Landwirtschaft gegründet, dem Vertreter aller wissenschaftlichen Forschungsinstitute, Agrarinstitute und Versuchsstationen, Vertreter der vorgeschrittenen staatlichen Landwirtschaftsbetriebe, der Staatsuniversitäten von Sofia und Plowdiw, der Akademie der Wissenschaften und des Verbands der Wissenschaftler

Bulgariens sowie der Ministerien für Landwirtschaft und für Forstwirtschaft angehören.

In einer Tagung des Rats hat der stellvertretende Minister für Landwirtschaft, Titko Tschernokoleff, die unmittelbaren Aufgaben der Landwirtschaft Bulgariens aufgezählt: Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Produktion in größeren Betrieben mittels weiterer Bildung von Arbeitsgenossenschaften; Umgestaltung des Dorfs auf sozialistischen Grundlagen; großzügige Anwendung von Maschinen und Einbürgerung der modernen vorgeschrittenen Agronomie, der Wissenschaft Mitschurins und Lyssenkos, die der Erzielung hoher und beständiger Ernteerträge förderlich ist.

„Wir müssen unsere gesamte wissenschaftliche Forschungsarbeit auf neuer, Mitschurinscher Grundlage umgestalten“, erklärte Tschernokoleff, „wobei wir Mitschurinsche Arbeitsmethoden anwenden, und wir müssen die wissenschaftliche Arbeit in höchstem Maß mit den praktischen Aufgaben der Bodenbestellung verknüpfen. Es ist notwendig, die Arbeitsgenossenschaften zu Mittelpunkten wissenschaftlicher Forschungsarbeit umzugestalten, ihnen zur Fundierung des Acker-

baus auf den Grundlagen hochentwickelter Wissenschaft zu verhelfen.“

Mit der Verwirklichung grandioser Aufgaben der Umbildung der bulgarischen Landwirtschaft wird schon begonnen. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht das Ausmaß der Vorbereitung zur Anlage eines großen Bewässerungssystems in dem der Dürre am meisten ausgesetzten Landesteil: in der Donauebene.

Auf Bitte der Regierung Bulgariens hat die Sowjetunion hierbei dem bulgarischen Volk technischen Beistand geleistet.

Das neue Berieselungssystem wird zwischen den Donaustädten Nikopol und Swischtow, Russe und Tutrakan angelegt werden. Zirka 30 000 Hektar Dürreländereien der Dobrudschabezirke und der Donauebene werden künstliche Berieselung erhalten. Die Sowjetunion wird Maschinen und Aggregate für Schleusen, für Wasserkraftwerke und für Hochspannungsleitungen sowie andere Materialien liefern.

Das ganze Land bereitet sich zur Teilnahme an dieser neuen gewaltigen Bautätigkeit vor. Die Bewegung der freiwilligen Hilfe für den Bau des Berieselungssystems nimmt Massencharakter an. Die Hilfe der Sowjetunion festigt die Zuversicht des bulgarischen Volks in den Erfolg des Kampfs für die sozialistische Umgestaltung des Landes.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Tschechoslowakei und Polens

Der Druck des Mißtrauens und der Feindseligkeit lastete vormals auf den Wechselbeziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei, zwei der Kultur, der Sprache und — in nicht geringem Grad — dem historischen Geschick ihrer Staaten nach brüderlich verbundenen Nachbarn. Die Warschauer Zeitung „Trybuna Ludu“ erinnert:

„Die polnische Sanationsregierung betrieb eine Politik der Förderung der Aggressionen und des Faschismus in allen Bereichen, und zwischen uns und der Tschechoslowakei lag die Grenze einer Feindseligkeit, die vertieft wurde durch die Zusammenarbeit Beckss“ (des Außenministers von Polen in der Vorkriegszeit) „mit Hitler um der Vernichtung der Tschechoslowakischen Republik willen.“

Die polnischen Volksmassen verurteilten diese Abenteuerpolitik, die den Interessen Polens selber widerspricht. Aber seine damaligen Machthaber wollten damit nicht rechnen.

Nunmehr ist all dies samt dem ganzen Alpdruck des Faschismus wie Rauch entschwunden. Durch die polnisch-tschechoslowakische Grenze, erheblich verlängert nach der Beseitigung des deutschen Gebietskeils, der jahrhundertlang einen Einschnitt in die slawischen Lande darstellte, werden die beiden Brudervölker jetzt nicht mehr getrennt, sondern vereint.

Die Wirtschaftsverbindungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei werden in unseren Tagen auf der Grundlage des großzügigen Wirtschaftsabkommens ausgebaut, das im Juli 1947 — bald nach der Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe — auf fünf Jahre geschlossen worden ist. Später wurde dies Abkommen durch einzelne Protokolle ergänzt, in denen die gewachsenen Bedürfnisse und die gesteigerten Möglichkeiten beider Länder Berücksichtigung fanden.

Ein speziell gebildeter Rat für polnisch-tschechoslowakische Wirtschaftszusammenarbeit wurde mit der praktischen Verwirklichung des Abkommens betraut.

Von den großen Maßstäben des Warenaustauschs zeugen folgende Zahlen: im Jahre 1946, d. h. vor dem Abschluß des Abkommens, in der Zeit akuter Nachkriegsschwierigkeiten, belief sich der Handelsumsatz auf rund 3 Millionen Dollar von jeder Seite. Im Jahre 1947 betrug die polnische Einfuhr aus der Tschechoslowakei bereits 6,5 Millionen Dollar, die Ausfuhr in die Tschechoslowakei jedoch 13,5 Millionen. Im folgenden Jahr, 1948, lieferte die Tschechoslowakei an Polen Waren für 55 Millionen Dollar und bezog aus Polen Waren für 44 Millionen Dollar. Dies bedeutete mehr als eine Verfünffachung gegenüber dem Vorkriegsjahr 1938.

Im laufenden Jahr nimmt der Warenaustausch weiterhin zu.

Die polnische Zeitung „Dziennik Ludowy“ zieht das Fazit der beiden ersten Jahre der Zusammenarbeit auf Grund des Wirtschaftsabkommens und berichtet, daß Polen in die Tschechoslowakei Kohle, Zink, manche Arten landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Fische und Dolomit ausführt. Die Tschechoslowakei verkauft an Polen Koks, Schuhwerk, Autos, verschiedenerlei Werkzeugmaschinen und Autoreifen.

Die Wirtschaftsverbindungen zwischen beiden Ländern beschränken sich nicht auf den Warenaustausch. Das Abkommen sieht auch solche Formen der Zusammenarbeit vor wie die gemeinsame Ausnutzung der Produktions- und Kraftstromkapazitäten sowie der natürlichen Ressourcen der Grenzbezirke: des Śląsko-Dąbrowskier Beckens in Polen und des Morawska Ostrawaer Kreises in der Tschechoslowakei, — desgleichen gemeinsame Errichtung und Nutzung von Industrieunternehmen, insbesondere von Kraftwerken. Polen räumt der Tschechoslowakei ferner Hoheitssphären in seinen Ostseehäfen ein. Die tschechoslowakische Zone im Hafen Szczecin wird schon errichtet und wird im Frühjahr 1950 ihre Tätigkeit aufnehmen. Auf diese Weise wird die Tschechoslowakei

einen Zugang zum Meer erhalten, was ihre Handelsverbindungen mit der ganzen Welt beträchtlich erleichtern wird. Gleichzeitig werden Entwürfe zum Bau eines Oder-Donau-Kanals ausgearbeitet, der das Donauwassersystem mit der Ostsee verbinden und günstige Vorbedingungen für eine bedeutende Erweiterung des Außenhandels der Länder der Volksdemokratie schaffen wird.

Die polnisch-tschechoslowakische Wirtschaftszusammenarbeit wird im Rahmen des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe verwirklicht. Sie stützt

sich auf die erstarkenden Wirtschaftsverbindungen beider Länder mit der Sowjetunion.

Die Zusammenarbeit der Länder der Volksdemokratie mit der Sowjetunion und untereinander, aufgebaut auf den Prinzipien wirklicher Gleichberechtigung, macht die Versuche der Imperialisten absolut aussichtslos, die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakei und Polens, die den Weg zum Aufbau des Sozialismus beschritten haben, zu bremsen. Dadurch fördert sie in gewaltigem Maß die Festigung des Friedens in Europa.

Internationale Umschau

(Notizen)

SIE STIMMEN FÜR DEN FRIEDEN

„Ich stimme für den Frieden“, steht auf dem Stimmzettel des französischen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger; jeder französische Patriot ist aufgefordert worden, einen solchen Zettel zu unterschreiben und in eine Wahlurne zu stecken. Die Abstimmung begann am 4. September.

Abstimmungslokale für den Frieden sind in öffentlichen Gebäuden und Wohnvierteln, in Betrieben und Dörfern eingerichtet. Jugendliche laden Wahlurnen auf Handwagen, fahren damit unter Akkordionbegleitung durch die Straßen und sammeln Stimmzettel. Frauen stellen Urnen in Kinderwagen und bringen sie auf die Märkte, wo sie die Einsammlung von Stimmzetteln organisieren. In der Stadt Beaucrossant wurde die Abstimmung auf einem Jahrmarkt durchgeführt.

Die Friedensabstimmung ist in Frankreich im wahrsten Sinne des Wortes zur Sache des ganzen Volks geworden. An ihr nehmen Millionen Werktätige der verschiedensten politischen und religiösen Anschauungen teil. In Tulle, Verdun-sur-Garonne, Vitry, Saint-Ouen und vielen anderen Städten unterstützten die Munizipalitäten in vollem Bestand diese Kampagne. In den an Ort und Stelle gegründeten Vorbereitungsausschüssen zum Friedenstag arbeiten Vertreter verschiedener Parteien zusammen.

Besonders einmütig bei der Abstimmung ist das französische Proletariat. Zu den ersten, die sich geschlossen für den Frieden ausgesprochen haben, gehört die vieltausendköpfige Belegschaft der Renault-Werke. Wo die Unternehmer den Versuch

machen, die Friedensabstimmung zu verhindern, treten die Arbeiter in den Ausstand, um an der Abstimmung teilzunehmen.

Die Behörden versuchen vergeblich, die Kampagne des Kampfes für den Frieden zu unterdrücken. Der Polizeipräfekt von Paris verbot den Anschlag von Plakaten und Aufrufen in der Stadt, Polizei und „republikanische Sicherheitskompanien“ beschlagnahmten die Wahlurnen und verhafteten die Organisatoren der Abstimmung. Aber die Volksdemonstration der Friedensanhänger dauert an. Jeden Tag treffen aus allen Enden des Landes Meldungen über den Lauf der Abstimmung ein.

Am 2. Oktober werden Friedenskarawanen die im ganzen Lande eingesammelten Stimmzettel nach Paris bringen, wo sie der Regierung eingehändigt werden sollen.

Die ganze Welt hört den Ruf des französischen Volkes, das bereit ist, den verbrecherischen Plänen der Kriegsbrandstifter Abfuhr zu erteilen: „Ich stimme für den Frieden!“

BEVINS BLINDGÄNGER

Der Ausgang der Washingtoner Finanzverhandlungen ist bekannt: sie endeten mit der völligen Kapitulation des Pfundes vor dem Dollar. Dafür sind die Ergebnisse der im Anschluß daran begonnenen politischen Verhandlungen zwischen Bevin und Acheson in Dunkelheit gehüllt. Es wurde nur leise angedeutet, daß über die Politik Englands und der USA in den Ländern Südostasiens und des Fernen Ostens gesprochen werde.

Nach den Worten Hightowers, eines Korrespondenten der Associated Press, wurden in das Programm der erwähnten Beratung solche

Fragen aufgenommen wie z. B. die Ausarbeitung des Friedensvertrags mit Japan ohne Teilnahme der Sowjetunion und des volksdemokratischen Chinas, der Abschluß eines Pakts der südostasiatischen Länder und die Haltung, die gegenüber dem China des Volkes einzunehmen sei.

Übrigens wurden auf britischer Seite alle die erwähnten Probleme von einer quälenden Frage überschattet: wie England den völligen Zusammenbruch seiner imperialistischen Positionen im Fernen Osten vermeiden und diese bewahren könne, sei es auch in der Rolle eines Juniorpartners des USA-Imperialismus.

Wie einige ausländische Kommentatoren berichten, nahm Bevin eine „Bombe“ nach Washington mit: die Erklärung, England sei bereit, „einen wirtschaftlichen Rückzug aus Indien anzutreten, so wie es sich 1947 aus Griechenland zurückgezogen habe“. Das Wesen von Bevins „Bombe“, sozusagen ihre Ladung, enthüllte die Zeitung „New York Herald Telegram“. In ihrem Leitartikel vom 13. September schrieb sie, Indien, Pakistan und Ceylon hätten in London Guthaben, die sie realisieren und für ihre Wirtschaftszwecke liquid machen möchten. Selbst ein beschränktes Eingehen auf diese Forderungen wäre eine wesentliche Belastung für das englische Schatzamt. Deshalb hätte England den Wunsch, diese Verbindlichkeiten irgendwie durch die USA garantieren zu lassen. Das sehe nach einem neuen Marshallplan noch größeren Umfangs aus.

Aus der Diplomaten- in die Umgangssprache übersetzt, heißt das zunächst, daß England nicht instande ist, seine in den Kriegsjahren angewachsenen Schulden an Indien in Höhe von mehr als einer Milliarde Pfund Sterling auch nur teilweise zu begleichen. Es heißt ferner, daß England nicht abgeneigt wäre, seine Schulden an Indien durch die „Segnungen“ eines Marshallplans für die Länder Asiens zu begleichen, was eigentlich die Unterjochung Indiens und der anderen Länder Asiens durch das Monopolkapital der USA bedeuten würde.

Das listig ausgespinnene Manöver Bevins scheint jedoch mißlungen zu sein. Seine „Bombe“ hatte nicht die erwartete Wirkung. Sie explodierte nicht. Die amerikanischen Shylocks haben gar nicht die Absicht, den labouristischen Bankrotturen aus der Patsche zu helfen und zur Erhaltung der britischen Positionen auf dem asiatischen Kontinent beizutragen.

Die Geschäftsherren von der Wall Street betreiben in den Ländern Südasiens ihren eigenen Kurs. Sie reden gern und viel von einer wirtschaftlichen „Hilfe“ an Indien, für die sie mit der Aufhebung jeglicher Zoll- und Tarifschränken bezahlt

werden wollen, d. h. mit dem Recht, den indischen Markt mit eigenen Erzeugnissen zu füllen und die landeseigene Industrie Indiens zu erdrosseln. Sie trachten nach Sondergarantien für ihre Kapitalinvestitionen. Sie schmieden einen reaktionären aggressiven Block der Länder Südasiens, der unter ihrer Leitung stehen soll. Überhaupt tun sie alles, um in dieser Zone die unumschränkte Herrschaft des Dollars zu errichten.

Was die Positionen des britischen Imperialismus angeht, so sind die Machthaber von der Wall Street offensichtlich der Ansicht, daß „die Rettung Ertrinkender Sache der Ertrinkenden selbst“ sei.

AUSSCHREITUNGEN DER FRANZÖSISCHEN POLIZEI

Am 2. September beging die fortschrittliche Öffentlichkeit Frankreichs die Wiederkehr des Tages, an dem die Unabhängigkeit der demokratischen Republik Vietnam proklamiert wurde. An diesem Jahrestag demonstrierten die französischen Werktätigen ihre Solidarität mit dem heldenhaften Kampf des Volkes von Vietnam um seine Unabhängigkeit und um seine Befreiung vom imperialistischen Joch.

Die Behörden versuchten mit allen Mitteln, die Feier zu verhindern. In der Stadt Roanne (Departement Loire) sperrte die Polizei das Gelände ab, auf dem sich die Vertreter der öffentlichen Organisationen versammeln sollten. In ihrer provokatorischen Beflissenheit verstiegen sich die Polizeibehörden dazu, die Sowjetflagge, die zusammen mit den Flaggen der anderen verbündeten Mächte am Versammlungsort gehißt worden war, herunterzureißen.

Diese freche Ausschreitung rief die Empörung der Einwohner von Roanne hervor. Als Protest gegen die unzulässige Handlungsweise der Polizei schreiben die Vertreter der öffentlichen Organisationen dieser Stadt in einem Brief an die Sowjetmenschen:

„Wir sind davon überzeugt, daß Ihr die Bevölkerung unserer Stadt, die die Helden von Stalingrad nicht vergißt und niemals vergessen wird, nicht mit der französischen Polizei verwechseln werdet, die sich derartige Handlungen gegen Euer Land erlaubt hat.“

Der Vorfall in Roanne zeigt noch einmal, welch unüberbrückbarer Abgrund zwischen der reaktionären Politik der regierenden Klassen Frankreichs und den Stimmungen seines Volkes klafft. Jedemal, wenn Polizeiprovokateure versuchen, das Sowjetland zu beleidigen, beleidigen sie in Wirklichkeit zutiefst die ehrlichen französischen Patrioten, die von Haß und Verachtung gegen die marshallisierten Machthaber ihres Heimatlandes erfüllt sind.

FASCHISTISCHE INFEKTION IN GÖTEBORG

Vor dem Gericht der schwedischen Stadt Göteborg kam vor kurzem ein Kriminalfall zur Verhandlung. Auf der Anklagebank saß ein gewisser Ingvar Vallin, der der Ermordung seiner Frau angeklagt war. Alles nahm den gewohnten Lauf: der medizinische Sachverständige gab sein Gutachten ab, der Staatsanwalt hielt die Anklagerede, die Richter richteten, der Angeklagte verteidigte sich. Der Mörder wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

All dies verdiente lediglich die Aufmerksamkeit von Lesern der Gerichtschronik, wäre nicht die eigenartige Beweisführung des Staatsanwalts auf dem Prozeß in Göteborg. Wie „Göteborgs Handels och Sjöfartstidning“ berichtet, sagte er ohne mit der Wimper zu zucken, die verbrecherischen Neigungen des Angeklagten resultierten aus „slawischen Erbanlagen“ und seien „seiner russischen Abstammung zuzuschreiben“. Diese ungeheuerliche rassistische Wahnpredigt des Priesters der schwedischen Themis schokierte den Göteborger Gerichtshof nicht im geringsten. Kühl bis ans Herz hinan hörten die Richter die vom Leichengift des Faschismus durchsetzte Rede an.

Wir haben nicht den geringsten Wunsch, Vallins Stammbaum zu untersuchen. Wir kennen weder seine körperlichen Ahnen noch seine geistigen Väter. Es ist uns aber ganz klar, wer die geistigen Väter des schwedischen Hüters der Gesetze sind. Es sind Rosenberg und Hitler. Ihr Rassenfanatismus und ihre Menschenfeindlichkeit waren es, die sich in der Anklagerede beim Göteborger Prozeß vernehmen ließen.

Es ist wohl kaum möglich, den geistigen Zögling Rosenbergs zu beschämen. Aber seine Kollegen sind immerhin verpflichtet, wenigstens auf der Wacht der schwedischen Gesetze zu stehen. In Abschnitt XI des schwedischen Gesetzbuches lautet der § 7, der von „Vergehen gegen die öffentliche Ordnung“ handelt:

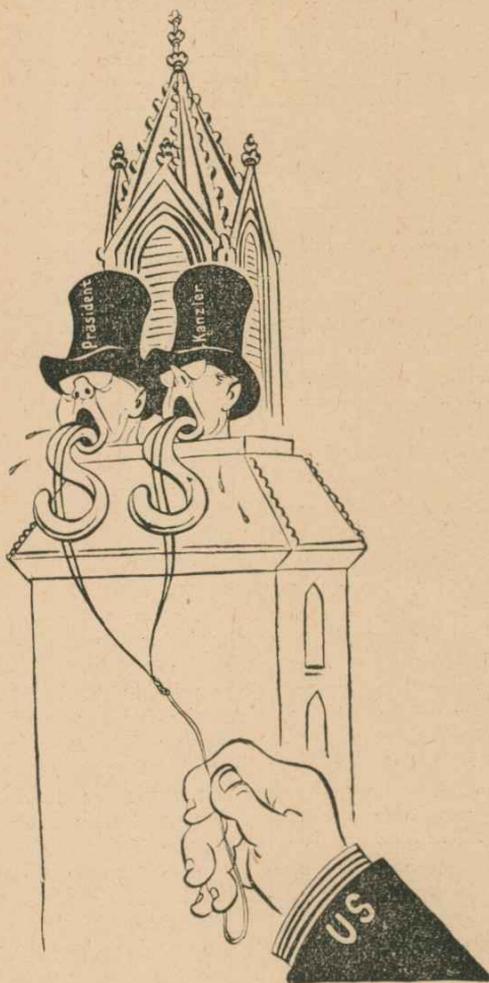
„Wer öffentlich eine Volksgruppe bestimmter Abstammung oder Religion bedroht, diese Gruppe verleumdet oder beleidigt, wird wegen Haßpropaganda gegen eine Volksgruppe zu Geldstrafe oder Gefängnishaft verurteilt.“

Die Mitglieder des Gerichtshofs in Göteborg hätten sich an dieses Gesetz erinnern und den außer Rand und Band geratenen Rassenhetzer mit seinen faschistischen „Erbanlagen“ bändigen müssen.

SEHNSÜCHTIGE PUPPEN

Bisher war bekannt, daß es Puppen gibt, die aufgezogen werden können, Puppen, die ihre Augen öffnen und schließen, und Puppen, die sprechen.

DER BONNER GLOCKENTURM



Zeichnung von BORIS JEFIMOW

Heutzutage sind in Trizonien auch sehnsüchtige Puppen aufgetaucht. Dieses neue politische Spielzeug amerikanischen Musters ist namentlich in der Person Adenauers, des Puppenkanzlers der Bonner Marionettenrepublik, verkörpert.

Gleich nach seiner Ernennung wurde der neue Kanzler von Sehnsucht ergriffen. In Beantwortung von Journalistenfragen nach seiner künftigen Politik erklärte er:

Unsere „Blicke richten sich mit noch größerer Sehnsucht als bisher nach Osten... Der Anschluß an den Atlantikpakt setzt eine bewaffnete Nation voraus. Deutschland aber ist entwaflnet...“

Wir sehen also, daß Adenauer von revanchistischer Sehnsucht nach neuen Kriegsabenteuern — diesmal unter amerikanischer Ägide — erfaßt ist. Durch die Einbeziehung Trizoniens in den sogenannten Europäischen Rat hofft der Häuptling der deutschen Revanchisten, Waffen aus den USA erhalten zu können.

Es ist bezeichnend, daß Adenauer in seiner am 20. September vor den Abgeordneten des „Bundestags“ gehaltenen programmatischen Rede betonte, wie wichtig es sei, sich widerspruchslos Washington zu fügen, welch wohlthätige Bedeutung das Besatzungsstatut habe und wie notwendig es sei, die Stammkader der hitlerfaschistischen Räuberwehrmacht fürsorglich zu behandeln. Der von Sehnsucht ergriffene Kanzler erklärte ohne Umschweife, er werde in bezug auf Beamte und Wehrmatsangehörige größte Gerechtigkeit walten lassen und ihnen entsprechend ihren Dienstgraden und Verdiensten Pensionen aussetzen!

Aus dem Sitzungssaal ertönte ein ironischer Zwischenruf: „Man sieht an Ihnen schon die Uniform eines USA-Generals!“

Der Aufziehkanzler konnte keine schlagfertigeren Antwort geben, als zu sagen, dann solle man vor ihm „strammstehen“.

Es ist durchaus möglich, daß seine Kollegen im Dienst an den amerikanischen Monopolen gerne vor ihm strammstehen werden. Es ist aber zu bezweifeln, ob das deutsche Volk vor ihm „strammstehen“ wird. Der zweite Weltkrieg war eine harte Lehre für die Deutschen, er hat ihnen anschaulich gezeigt, welches Ende die „Sehnsucht“ nach fremden Gebieten im Osten nimmt.

UNBERÜCKSICHTIGTE LEHREN DER GESCHICHTE

Der 5. Jahrestag der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens durch Finnland gab den amtlichen Persönlichkeiten in Helsinki Anlaß zu zahlreichen Reden. Eine Rundfunkansprache hielt auch Ministerpräsident Fagerholm. Bei der Ausmalung der Erfolge, die seine Regierung beim Nachkriegswiederaufbau Finnlands erzielt haben will, versicherte Fagerholm, er sei Tag und Nacht um nichts anderes bekümmert, als um die Einhaltung der Verpflichtungen, die Finnland nach den Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens und des Friedensvertrags übernommen habe. Fagerholm erklärte:

„Hauptziel unserer Außenpolitik war unbestreitbar die Festigung und der Ausbau jener freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion, deren Grundlage durch die Beendigung des Krieges geschaffen wurde.“

Dabei besteht aber zwischen den Taten der jetzigen Regierung Finnlands und den tönenden

Erklärungen ihres Ministerpräsidenten ein himmelweiter Unterschied. Der Nachkriegswiederaufbau des Landes ist, seit der Regierungsbildung durch die rechten Sozialdemokraten, vernachlässigt worden. In Finnland, diesem kleinen Land, das eine Bevölkerung von nur 4 Millionen hat, gibt es selbst nach den zu niedrig gegriffenen amtlichen Angaben 20 000 — 25 000 Arbeitslose. Anfang 1950 wird die Zahl der Stellungslosen laut den Voraussagen der Regierungskreise auf 75 000 gestiegen sein. Das Steigen der Getreidepreise, das den reichen Engroshändlern zu neuen Profiten verhalf, wie auch die Senkung des Reallohns wirkten sich schwer auf die materielle Lage der Bevölkerung aus.

Die verfassungsmäßigen Rechte des finnischen Volkes werden verletzt. Streiks werden mit Waffengewalt unterdrückt. Hier genügt der Hinweis auf die jüngste Polizeiprovokation in Kemi, wo immer noch Massenverhaftungen andauern.

Im Widerspruch zu den Bedingungen des Friedensvertrags begünstigen die Machthaber in Helsinki unverhüllt Kriegsverbrecher und Organisatoren geheimer Waffenlager; sie sind bestrebt, sich ihren wichtigsten Verpflichtungen zu entziehen, darunter denen zur Schleifung militärischer Anlagen. Dieser Tage ist z. B. bekannt geworden, daß das Ministerium für Landesverteidigung beschlossen hat, die Betonstellungen der Flak in Helsinki nicht anzutasten, und zwar unter dem frommen Vorwand, daß sich von hier ein „sehr schöner Ausblick“ auf die Sehenswürdigkeiten der finnischen Hauptstadt biete.

Während einer der Hauptkriegsverbrecher, Tanner, und seine Mitschuldigen wieder in Staatsdienst genommen werden, entläßt man Menschen, die ihre Treue für die demokratischen Grundsätze nicht durch Phrasen, sondern durch die Tat bewiesen haben, aus den Regierungssämtern. Die Polizei duldet nicht nur stillschweigend die Ausfälle faschistischer Elemente gegen die Sowjetunion, sondern spornt diese Elemente sogar zu Provokationen an. Alle diese Tatsachen sind in Finnland kein Geheimnis. Die Zeitung „Vapaa Sana“ zieht das Fazit des abgelaufenen Jahres fünft mit folgenden Worten:

„Unser wirtschaftlicher Aufschwung hat einer Krise das Feld geräumt. In der Innenpolitik herrschen Diskrimination und die alten Gewaltmethoden. Unsere Außenpolitik betritt wieder den Weg des Abenteueriums. Unsere Beziehungen zur Sowjetunion gemahnen an die Beziehungen der Jahre 1940/41.“

Fagerholm versucht in seinen Reden, der Öffentlichkeit den wahren Stand der Dinge zu verbergen. In seiner Rundfunkrede versicherte er z. B.: die Tatsache, daß die Sowjetunion die noch

nicht beglichene Summe der Kriegsentschädigungen herabgesetzt hat, wie auch die anderen Zeugnisse des wohlwollenden Verhaltens der sozialistischen Großmacht zum finnischen Volk bedeuteten eine Anerkennung dessen, daß die Regierung Fagerholm „ihr Wort bis auf das letzte I-Tüpfelchen“ gehalten habe.

Solche Winkelzüge zeugen natürlich nicht von übermäßiger Gewissenhaftigkeit derer, die sie machen. Dafür sprechen sie von etwas anderem, von etwas, worüber die Helsinkier Machthaber sich offensichtlich nicht hinwegsetzen können; sie sprechen davon, daß das finnische Volk die Freundschaft der Sowjetunion schätzt, daß es bestrebt ist, das Gefühl des Vertrauens zwischen beiden Ländern zu entwickeln, was die reaktionären Politiker, die aus der Vergangenheit keine Lehren gezogen haben, hartnäckig verhindern wollen. Dabei wäre es ganz nützlich, wenn gewisse Leute in Helsinki sich gerade jetzt, am Jahrestag des Waffenstillstandsabkommens, an diese Lehren erinnerten.

GEHUPFT WIE GESPRUNGEN

Am 16. September wurde feierlich bekanntgegeben, daß England die „Unabhängigkeit“ der Cyrenaika anerkannt habe. Die Presse der Labouristen und Churchills Blätter in England konnten sich nicht genug tun über diese neueste Wohltat, die die Regierung Attlee-Bevin den „rückständigen Völkern“ erwiesen habe. Unmittelbar darauf wurden jedoch Meldungen veröffentlicht, die diese „Wohltat“ als eines der üblichen Gaunermanöver des britischen Imperialismus entlarvten.

Wie sich herausstellt, werden die Außenpolitik, der Außenhandel und die Landesverteidigung in

der „unabhängigen“ Cyrenaika zu den Obliegenheiten der englischen Behörden gehören. Das Haupt des neuen Staates, Emir Idris es Senussi, der von der englischen Regierung auf diesen Posten ernannt wurde, wird sich „ausschließlich mit den inneren Angelegenheiten“ befassen, doch auch hier sind die mit der Aufrechterhaltung der „Ordnung im Innern des Landes“ verbundenen Fragen seinem Kompetenzbereich entzogen. Um dem Emir die Bürde der Staatsgeschäfte zu erleichtern, werden außerdem faktisch auch die „Rechts- und Finanzfragen“ seiner Zuständigkeit entzogen. In diesen Fragen werden die englischen Behörden nach einer Mitteilung der Londoner „Times“ dem Emir „Ratschläge erteilen, die zu befolgen sind“.

Damit ist die Sorge der Labourregierung um die Gewährleistung der „Unabhängigkeit“ der Cyrenaika noch nicht erschöpft. Nach Pressemeldungen ist ein Vertrag zwischen der englischen Regierung und dem Emir der Cyrenaika in Vorbereitung, laut dem die englischen Truppen weiter in der besetzten Cyrenaika verbleiben werden. Sie werden das Recht haben, Befestigungsanlagen und Militärdepôts in einem beliebigen Landesteil zu errichten. An der Spitze der Armee des Emirs wird ein englischer Offizier stehen, und der Emir wird nicht berechtigt sein, Waffen außerhalb Englands anzukaufen. . .

Die Bevölkerung der Cyrenaika stimmt absolut nicht in das Frohlocken ein, das die englische Presse über die Gewährung jener fiktiven Unabhängigkeit angestimmt hat, die eigentlich die Einverleibung des Landes in das britische Empire bedeutet. Das englische Kolonialjoch erscheint dieser Bevölkerung kaum als Fortschritt gegenüber dem italienischen. Für sie ist das gehupft wie gesprungen.

Nach vier Jahren

(Brief aus Tokio)

W. KRYLOW

H EISS UND SCHWUL ist der August des Jahres 1949 mit seinen Regenschauern und Taifunen. Die Sonne sengt. In den Stadtparks das unaufhörliche Gezirp von Zikaden, in den Hauptstraßen Ströme von Fußgängern und der brandige Stickgeruch des Benzindunstes zahlreicher, selbstverständlich zumeist amerikanischer Autos.

Am Fenster eines bescheidenen Cafés auf der Ginza, der Hauptstraße Tokios, steht ein kleiner

Menschenhaufe und lauscht mit gespannter Aufmerksamkeit der Funkmeldung vom Sieg japanischer Schwimmer in den Wettkämpfen zu Los Angeles. Der Ansager zählt die Namen der Schwimmer pathetisch auf: Furuhashi, Hashizume, Tanaka. . . In den letzten Tagen wurden diese Namen in Japan häufiger erwähnt als selbst der Name des Generals MacArthur. In der Nähe, vor einem Schaufenster mit Photographien, betrachten die Passanten aufmerksam aber unbeteiligt

die Photos der Schwimmer, noch etwas weiter lesen sie die letzten Nachrichten aus Los Angeles, die man im Zusammenhang mit dem Wettkampf der Schwimmer ungewöhnlich rasch nach Tokio übermittelt. Das Telegramm über Furuhashis neuen Weltrekord wurde aus Los Angeles binnen einer Minute der Tokioer Redaktion der Zeitung „Asahi“ gesendet.

Die Schwimmer, die Schwimmer und nochmals die Schwimmer. Das künstlich entfachte Sportfieber lenkt die Spießer für eine gewisse Zeit von den stürmischen Ereignissen des heutigen Lebens ab. Die ersten Spalten der Zeitungen, ganze Nummern zahlreicher Zeitschriften sowie Sonderstreifen der Filmwochenschau werden den Schwimmern gewidmet.

Angesichts dieser Sensation ist ein sehr wichtiges Datum, der 15. August, unmerklich verstrichen. Vor vier Jahren, am 15. August 1945, wurde um die gleiche heiße Mittagszeit die auf Tonband gesprochene Rede des Kaisers gesendet, der bekanntgab, die Regierung sei genötigt, der bedingungslosen Kapitulation zuzustimmen. Unter den Schlägen der sowjetischen Streitkräfte war die Kriegsmaschinerie des japanischen Imperialismus zerbrochen. Schweigend lauschten der Rede des Kaisers die Einwohner der bombenzerstörten Städte, die Bauern der durch „außerordentliche“ Mobilmachungen verödeten Dörfer, die Massen japanischer Flüchtlinge an den Eisenbahnknotenpunkten Koreas und der Mandschurei, wo die heldenmütigen Sowjettruppen die sich wütend widersetzenden Überreste der Kwantung-Elitearmee endgültig zerschlugen. Das von dem räuberischen japanischen Imperialismus geschaffene Reich brach zusammen. Der Morgen der Volksbefreiungsbewegung dämmerte über dem von westlichen Kolonisatoren und japanischen Landräubern gepeinigten Asien.

Das Vierjahresjubiläum dieses Tages wurde von den regierenden Kreisen höchst kärglich gefeiert: ein paar farblose Leitartikel in den „soliden“ Blättern, das fällige Tamtam der Liberaldemokratischen Partei nebst Aufruf zum Kampf gegen den Kommunismus — das war alles. Und selbst diese leeren Schreibereien enthalten nur eine maßlose Lobhudelei der „Erzungenschaften“ amerikanischer Okkupationspolitik. Kein Wort über den Raubkrieg und seine Lehren, deren sich zu entsinnen gerade jetzt für manche eifrige Handlanger jeglicher „Pakte“ und „Bündnisse“ nützlich ist. Nicht einmal das Wort „Kapitulation“ wird in den japanischen bürgerlichen Blättern erwähnt, sondern da figuriert, wie auch früher, der harmlose „Abschluß des Kriegs“.

General MacArthur, der aus jedwedem Anlaß mit tönenden Erklärungen aufzutreten

beliebt (sogar die obenerwähnten Schwimmer wurden von ihm einer speziellen Erklärung gewürdigt), hüllte sich in Schweigen und sparte seinen Eifer für die traditionelle Erklärung vom 2. September anlässlich des vierten Jahrestags der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde auf — eine Erklärung, die dem japanischen Volk noch eine bittere Enttäuschung bescherte.

Für dieses war der vierte Jahrestag der Kapitulation durchaus kein Freudentag. Seine sehnlichsten Träume von friedlicher und demokratischer Entwicklung wurden von den amerikanischen Kolonisatoren und ihren japanischen Lakaien erbarmungslos zertrampelt. Vier Jahre sind vorbei, aber die Vorbereitung des Friedensvertrags mit Japan ist noch nicht in Angriff genommen. In MacArthurs Erklärung vom 2. September ist von den Aussichten der Vorbereitung des Friedensvertrags überhaupt nicht die Rede. Getreu dem Beispiel der amerikanischen Gebieter, suchen auch die japanischen Regierungspolitiker und die bürgerliche Presse diese Frage nach Möglichkeit zu umgehen, indem sie sich über den sogenannten „Friedenzustand ohne formellen Friedensvertrag“ auslassen.

Ungemein behagt dieser „Zustand“ den amerikanischen imperialistischen Kreisen, welche mit Japan Absichten verknüpfen, die mit der Sache des Friedens und der Sicherheit nichts gemein haben. In dieser Politik der amerikanischen regierenden Kreise spielen der ungekrönte Kaiser von Japan — General MacArthur — und sein Stab eine besondere Rolle.

* * *

Jeden Tag ertönt an der zentralen Straßenkreuzung Tokios, dem Hibiyapark, das durchdringende Getriller der amerikanischen „MP“ (Militärpolizei) und ihrer japanischen Gehilfen. Der Straßenverkehr stockt auf einige Minuten, und von dem unweit gelegenen geschmacklosen würfelförmigen Gebäude, in dem MacArthurs Stab untergebracht ist, fährt ein schwarzes Auto ab. Der betagte Militär, der in dem Auto sitzt, erwidert nachlässig die unterwürfigen Ehrenbezeugungen der Polizisten. Das ist General MacArthur.

Korrupte Federn kitzeln von der „großen Rolle“ MacArthurs in Japan und heben seine Politik in den Himmel, wobei sie ihn bald „Befreier“, bald „Retter“, bald „Lenker“ des Lands titulieren. Dieser „Churchill des Fernen Ostens“ wünscht mit eigener Hand die Umgestaltung Japans in ein Aufmarschgebiet des amerikanischen Imperialismus zum Kampf gegen die Volksbefreiungsbewegung in Asien und zur Vorbereitung eines Überfalls auf die Sowjetunion zu vollenden.

Unlängst vernahmen die Einwohner Tokios über ihren Köpfen Motorengesurr, und über der

Stadt sausten im Tiefflug zwei Dutzend Flugzeuge „B 29“ dahin, die an den Luftschutz-„übungen“ der Hauptstadt teilnahmen. Walker, kommandierender General der 8. Armee, General MacArthur selber und andere amerikanische Generale beteuern gelegentlich, daß die amerikanischen Besatzungstruppen „Japan verteidigen“. Niemand wird durch diesen primitiven Rauchvorhang getäuscht. Die amerikanischen Luftflottenstützpunkte sind über ganz Japan verstreut, insbesondere in dessen Nordbezirken. Die amerikanische Kriegsmarine durchfurcht die Westräume des Stillen Ozeans. Diese Flotte hat ihre Basis in erstklassigen japanischen Kriegsmarinestützpunkten — Yokosuka, Sasebo und anderen —, die nicht nur nicht liquidiert sind, sondern im Gegenteil in mustergültiger Ordnung aufrechterhalten werden. Die amerikanischen Truppen in Japan werden in den Methoden der modernen Kriegführung ausgebildet, einschließlich der Trainierung auf Kampfhandlungen unter rauen klimatischen Verhältnissen, obwohl das Klima in Japan bekanntlich sehr mild ist.

Die japanischen regierenden Kreise verfolgen aufmerksam die Handlungen der „einheimischen“ Kriegsbrandstifter im Fernen Osten: Quirinos, des Präsidenten der „unabhängigen“ Philippinen, Tschiangkaischeks, der aus seinem „Ruhestand“ herausgekrochen ist, Li Seung Mans, des „Marionetten-,präsidenten“ Südkoreas, und ihresgleichen. Sie sind bereit, auf einen Wink ihrer amerikanischen Brotherren gegen die nationale Befreiungsbewegung in den Ländern des Fernen Ostens vorzugehen.

Den japanischen Reaktionären liegt nichts daran, sich mit dem Friedensvertrag zu beeilen. Gegenwärtig fürchten sie mehr als alles, den demokratischen Volkskräften allein gegenüberzustehen. Sprechen Yoshida und seine Helfershelfer vom Friedensvertrag, so als von einem Separatabkommen mit den USA oder mit der von diesen gegängelten Ländergruppe. Derlei Abkommen sieht vor, daß die Besatzungstruppen auch nach seiner Unterzeichnung in Japan verbleiben, um die Unterdrückung der demokratischen Bewegung zu gewährleisten. Yoshida hat dies am 9. Mai in einem Interview mit dem Berichterstatter der australischen Reuterfiliale geradeheraus erklärt.

Die Angst der Reaktion vor dem Wachstum der demokratischen Kräfte ist ein hervorstechender Zug der gegenwärtigen politischen Lage im Lande. Das japanische Volk hat durch seinen Kampf für den Schutz des Friedens gezeigt, daß es sich nicht so leicht in ein neues Kriegsabenteuer hineinzerren ließe. Durch die Sperren der amerikanischen Geheimzensur und durch die verleumderischen Erdichtungen der käuflichen Presse

hindurch ist die Kunde von den Sowjetvorschlägen zum Friedensvertrag mit Japan ins Volk gedrungen. Die Blätter mit dem Bericht über den Vorschlag des Genossen Wyschinski auf der Tagung des Außenministerrats in Paris fanden reißenden Absatz. Dieser Vorschlag wurde in allen Bevölkerungsschichten lebhaft erörtert.

Die Volksmassen dürsten nach dauerhaftem und gerechtem Frieden. Die „Friedensdekade“, die unter Führung der Liga zum Schutz der Demokratie vom 1. bis 15. August durchgeführt wurde, hat dies gezeigt. Im ganzen Land fanden Massenkundgebungen, Versammlungen und Vorlesungen statt. Es fanden ein Kongreß zum Schutz des Friedens in Osaka, eine Kundgebung zum Schutz des Friedens und eine konstituierende Tagung der Vaterländischen Jugendfront in Tokio statt. Die demokratische Jugend Japans, deren Delegation der Stab MacArthurs die Erlaubnis zur Ausreise nach Budapest verweigert hatte, veranstaltete in diesen Tagen eigene Jugendfestspiele.

Am 2. Oktober wird das japanische Volk sich an dem Internationalen Tag des Friedensschutzes beteiligen. Der Ausschuß zur Verteidigung des Friedens, der die größten Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen vereinigt, betreibt eine energische Vorbereitung zu dieser Manifestation.

* * *

Während die amerikanischen Generale in Japan ihr militärisches Aufmarschgebiet anlegen, verwandeln die Geschäftemacher und Bankiers es in eine amerikanische Halbkolonie. Bekanntlich haben die USA, unter grobem Verstoß gegen den Beschluß der Fernostkommission über Japans wirtschaftlichen Wiederaufbau, dort ihr eigenes Wirtschaftsprogramm durchzuführen begonnen (die im Dezember 1948 veröffentlichten berichtigten 9 Programmpunkte des wirtschaftlichen Wiederaufbaus), richtiger gesagt: das Programm der Kolonisierung Japans. In Tokio traf Bankier Mr. Dodge aus Detroit als Oberster Wirtschaftsberater beim Stab MacArthurs ein. Er setzte sich in Japan für drei Monate fest, die Früchte seiner Tätigkeit sind uns nicht bekannt. Aber der klägliche Zustand der japanischen Wirtschaft ist ganz offenkundig.

Unternimmt man eine kurze Rundfahrt durch Tokio und Yokohama, so bekommt man Läden zu Gesicht, die mit Waren überschwemmt, Lager, die mit Ausfuhr- und Einfuhrwaren vollgestopft sind, welche keinen Absatz finden, und stillliegende Schiffe in den Häfen. Die Blätter berichten jeden Tag über die „Reorganisierung“ oder, einfacher gesagt, über den Bankrott bald des einen, bald des anderen Unternehmens. Fabriken werden geschlossen, neue Tausende von Arbeitslosen

füllen die Menge auf, die im Arbeitsnachweis Schlange steht. Die ununterbrochene Preissteigerung, die unerschwinglichen Steuern, die ausweglose Not der werktätigen Massen ergänzen das allgemeine Bild.

Infolge der zunehmenden Wirtschaftskrise in den USA und in den Ländern Westeuropas erwies sich die Hoffnung auf Entwicklung der Ausfuhr als gescheitert. Die japanische Industrie ist in eine katastrophale Lage geraten. Es haben sich Warenvorräte im Wert von fast 100 Milliarden Jen gebildet, die sich unmöglich absetzen lassen. Japan ist jetzt gezwungen, seinen Ausfuhrplan von 600 auf 400 Millionen Dollar zu reduzieren. Aber einzuführen hat es in diesem Jahr Waren für 1,1 Milliarden Dollar. Da die USA natürlich Hauptlieferant bleiben, ist es klar, welcher wirtschaftlichen Knechtung Japan verfällt. Nicht umsonst beginnt man letzthin selbst in gemäßigten Kreisen offen über eine Revidierung der „Dodgeline“ und der 9 Programmpunkte das „wirtschaftlichen Wiederaufbaus“ zu sprechen.

Die größten amerikanischen Truste nutzen die katastrophale Lage der japanischen Wirtschaft aus und nehmen einen Wirtschaftszweig nach dem anderen unter die Fuchtel. Die Regierung Yoshida ist bereit, das ganze Land an ausländische Kapitalisten zu verschachern: sie verkauft die Eisenbahnen, das Tabakmonopol und das Recht auf Benutzung der Telephon- und Telegraphenleitungen.

In einer äußerst schweren Lage befindet sich die Landwirtschaft Japans.

Im Juli fand in Tokio eine von den demokratischen Bauernorganisationen einberufene Bauernkonferenz statt. Die Bauern führten auf dieser Konferenz erschütternde Tatsachen über ihre Not, ihre Landlosigkeit und Rechtlosigkeit an. Sie sprachen über die unmäßigen Steuern, über die Willkür der Gutsherren und der Beamten. Die Bodenreform, deren sich MacArthur so sehr rühmt, hat die Lage der Armbauernschaft und der Mittelbauernschaft nicht gebessert und die Probleme des Bodenhungens nicht gelöst. Vorteilhaft ist sie für die Großbauern. Aber selbst unter den Verhältnissen des Bodenhungens sehen sich die Bauern genötigt, zehntausende Acres Boden preiszugeben, weil sie nicht imstande sind, sie zu bestellen. Alljährlich gehen hunderte Hektar fruchtbarsten Bodens zugrunde, da die Melioration des Bodens und die Wiederherstellung der Waldanpflanzungen fast gar nicht finanziert werden. Es ist begreiflich, weshalb die Augen des japanischen Bauern voll solchen Interesses erglühen, wenn er von dem großen Stalinschen Plan der Umbildung der Natur in der Sowjetunion hört.

Die Politik der amerikanischen Behörden und der Regierung Yoshidas, die auf Zerstörung der

japanischen Landwirtschaft abzielt, wird verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß gerade aus den USA zu allerhöchsten Preisen minderwertige amerikanische Nahrungsmittel eingeführt werden, die selbst in den marshallisierten Ländern keinen Absatz finden. Der Erlös aus dem japanischen Export reichte 1948 zur Kostendeckung der aus den USA eingeführten Nahrungsmittel nicht hin. Düngemittel werden im Ausland zu horrenden Preisen gekauft, während die einheimischen Fabriken für Kunstdüngemittel zusperren oder die Produktion einschränken.

Solche Lage erweckt Unzufriedenheit in den Bauernmassen. Die Kommunistische Partei hat bei den Mitgliederwahlen der Agrarkommissionen, die im August 1949 stattfanden, beträchtliche Erfolge errungen. Ein zum Dorfältesten gewählter Kommunist, ein Kommunist als Mitglied der Dorfgemeindeversammlung oder als Vorsitzender einer Agrarkommission ist im heutigen Japan keine seltene Erscheinung. Um sie nach Gebühr einzuschätzen, muß man sich die jahrhundertlange Unterdrückung und Rechtlosigkeit des japanischen Bauern vergegenwärtigen.

Manche Einfaltspinsel setzten seinerzeit große Hoffnungen auf die amerikanische „Hilfe“, besonders auf den sogenannten „Garantiefonds der amerikanischen Hilfe“. Die Regierung entwarf Pläne zur Ausnutzung der 175 Milliarden Jen, die nach diesem Fonds bereitgestellt werden sollten. Aber es erwies sich bald, daß eigentlich von keinerlei „Hilfe“ seitens der USA die Rede ist, daß der sogenannte „Garantiefonds“ sich als passive Bilanz des japanischen Außenhandels darstellt, für die der japanische Steuerzahler aufkommen muß. Amerikanische Bankiers werden über die Gelder, die aus dem japanischen Volk herausgepumpt werden, nach eigenem Ermessen verfügen, ja dafür noch Zinsen bekommen. Die amerikanischen Behörden denken gar nicht daran, diese Gelder für die Entwicklung der Friedensindustrie zu verwenden. Die Kapitaleinlagen werden zwecks Entwicklung der strategischen Bahnen und des Post- und Fernmeldewesens sowie jener Industriezweige vorgenommen, die das Monopolkapital vollständig kontrolliert und die eine militärische Bedeutung haben können. Diese unverhohlene Plünderung steht dem Marshallplan nicht nach. Obendrein sind die amerikanischen Geschäftemacher — sowohl die in Uniform wie die in Zivil — gewohnt, sich in einem zu kolonisierenden Land nicht zu genieren.

* * *

In den Straßen der Städte fällt die übergroße Anzahl der Polizisten ins Auge, die man in Japan verächtlich „Mawari san“ nennt. Das

bedeutet „ein Herr, der rundherum geht“, d. h. der unverschämt in alles seine Nase steckt und jeden Schritt überwacht. Wo früher einer stand, drücken sich jetzt drei bis vier policemen herum, in abgetragener, irgendwie auf ihre Statur umgenähter amerikanischer Montur. Auf den ersten Blick ist es unverständlich, womit sich diese Polizisten befassen, denn Diebe, Spekulanten, überhaupt kriminelle Elemente benehmen sich recht unverfroren. Die Hauptfunktion der Polizei ist der Kampf gegen das Volk. Von großen Abteilungen in Sonderschulen gedrillter Polizisten werden Demonstrationen zerschlagen, streikende Arbeiter mißhandelt und Überfälle auf die Gebäude fortschrittlicher Organisationen sowie Razzien und Massenhaussuchungen unternommen.

Die Regierung Yoshida, alarmiert durch die Erfolge der demokratischen Bewegung, ist unter Beihilfe der amerikanischen Besatzungsbehörden zur direkten Unterdrückung der fortschrittlichen Kräfte des Landes übergegangen.

Dem Hauptschlag ist die Vorhut der werktätigen Massen, die Kommunistische Partei, ausgesetzt. Im Kampf gegen sie haben sich alle Gruppen der Reaktion — von den Liberaldemokraten bis zu den Rechtssozialisten — zusammengeschlossen. Ich führe nur einige Beispiele der scheußlichsten, gegen die Kommunisten gerichteten Provokationen an.

Am 5. Juli ist Shimoyama, der Präsident der staatlichen Eisenbahnkorporation, verschollen; bald hernach fand man ihn tot auf. Dies diente als Anlaß zu einer rasenden Hetze gegen die Kommunistische Partei und die demokratischen Gewerkschaften. Zuletzt stellte es sich heraus, daß Shimoyama Selbstmord begangen hatte.

Am 15. Juli wird eine neue Provokation eingefädelt. Auf der Station Mitaka im Bezirk Tokio geschieht ein Elektrobahnunglück. Die Polizei verhaftet mehrere ortsansässige Kommunisten, deren ganze Schuld darin besteht, daß sie während des Eisenbahnunfalls an einer Parteiversammlung teilgenommen haben, die in einem unweit der Station gelegenen Hause stattfand. Ein Monat vergeht, bis sich herausstellt, daß die an dem Unfall Schuldigen in keiner Beziehung zur Kommunistischen Partei stehen. Nichtsdestoweniger werden die Kommunisten weiterhin gefetzt und verhaftet.

Am 1. August wurde ein Polizeiüberfall auf das Gebäude der Zeitung „Akahata“, des Organs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, unternommen. Hieran beteiligten sich über tausend Polizisten und Schnellstreifen der amerikanischen Militärpolizei. Als Anlaß für diesen empörenden Verstoß gegen demokratische Freiheiten diente die von der Polizei fabrizierte Akte

gegen zwei Kommunisten, die angeblich Papier für die Zeitung „Akahata“ auf dem Schwarzen Markt gekauft hatten.

Die grausamsten Repressalien brechen über die Gewerkschaften und die anderen demokratischen Organisationen herein. Gestützt auf die reaktionäre Parlamentsmehrheit, setzte die Regierung Yoshida die Abänderung der Arbeitsgesetzgebung durch und stellte die Tätigkeit der Gewerkschaften unter die Kontrolle der Verwaltungsbehörden. Im Mai dieses Jahres wurden auch die Gesetze über die sogenannte „Verwaltungsreform“ verabschiedet. Auf Grund dieser Gesetze führte man in den Regierungsämtern und den öffentlichen Einrichtungen sowie in den Betrieben eine „Säuberung“ durch und entließ fortschrittliche Gewerkschaftsfunktionäre, so z. B. die Mitglieder des Zentralkomitees und des zentralen Streikausschusses der Staatseisenbahner-Gewerkschaft sowie die Leiter des Japanischen Landesverbands der Angestellten des Post- und Fernmeldewesens. Unter Ausnutzung dieser Lage suchten Feinde der Arbeiterklasse aus den sogenannten „Ligen für Demokratisierung“ der Gewerkschaften sich in eben deren Führung einzuschleichen.

Sobald die in ein Hungerdasein versetzten Arbeiter zu streiken beginnen, sei es mit der Forderung nach Aufbesserung ihrer Lage, sei es zum Zeichen des Protestes gegen die Entlassungen, tritt der Polizeiknüppel in Aktion. Nach einer blutigen Abrechnung mit der Arbeiterdemonstration in Tokio vom 30. und 31. Mai erfolgten Gewalttaten gegen streikende Eisenbahner in Tokio und Yokohama, gegen die Arbeiter des Werks der Gesellschaft Nippon Seiko in Hiroshima (im Juni), gegen Demonstranten in Taira, Fukushima und anderwärts.

Und wenn auch der Polizeiknüppel außerstande ist, einen Streik abzuwürgen, dann treten die Faust der amerikanischen „MP“ und die drakonische Prozedur des amerikanischen Militärtribunals in Aktion. Die amerikanischen Militärpolizisten betätigten ihre Fäuste während der Sprengung der oben erwähnten Demonstration in Tokio, sie verübten Mißhandlungen an Arbeitern in einer Grube bei Takahagi; australische Soldaten rechneten in Hiroshima mit den Arbeitern ab.

Für jedes wahrheitsgemäße Wort über die amerikanische Politik in Japan droht den demokratischen Politikern ein Urteil des amerikanischen Militärgerichtshofs unter der Anklage auf Zuwiderhandlung gegen die Okkupation.

Als die demokratischen Organisationen in Osaka der Bevölkerung durch Flugblätter über die Exzesse und Gewalttätigkeiten der amerikanischen Soldaten in Tsuruga berichteten, verhaftete die amerikanische und die japanische Polizei zirka

200 Personen. Sechs von ihnen verurteilte der amerikanische Militärgerichtshof zu je fünf Jahren Zuchthaus. Es bedurfte nur einer lügnerischen Spitzeldenuziation, damit Yashiro, der frühere Vorsitzende des zentralen Streikausschusses der Staatseisenbahner-Gewerkschaft, am 25. August vom amerikanischen Militärgerichtshof zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Aber auch diese enge Freundschaft zwischen den japanischen Reaktionären und der amerikanischen Soldateska ist ohnmächtig gegenüber dem Drang der Volksmassen, das Land auf den Weg demokratischer Entwicklung umzuleiten. Man kann eine Demonstration sprengen, einen Streik unterdrücken, einen demokratischen

Politiker einkerkern, aber man kann das Volk nicht zwingen, sich vom Kampfe für Frieden, Demokratie und Unabhängigkeit loszusagen. Die Mitglieder- und Anhängerzahl der Kommunistischen Partei nimmt zu, 350 000 Personen lesen täglich deren Zentralorgan „Akhata“. Die vorgeschrittenen Gewerkschaften erstarken in erbittertem Kampf gegen die Verräter der Arbeiterklasse, und die Welle der Arbeiterbewegung steigt mit neuer Kraft an. Die Clique Yoshida verübt ihre Missetaten gerade darum, weil sie die Kurzfristigkeit ihrer Existenz spürt, weil sie begreift, daß es in einem wahrhaft demokratischen Japan für sie keinen Platz geben wird.

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Die BBC bescheinigt ihren eigenen Bankrott

Im August und September hallte der Äther von etlichen schreierischen BBC-Sendungen wider, die sich einer Polemik mit unserer Zeitschrift befleißigten. Ganz offenbar sind die Leiter der BBC beunruhigt durch die in den Spalten der „Neuen Zeit“ vorgenommene Bloßstellung gewisser aufgeblasener Legenden aus der Geschichte des zweiten Weltkriegs, die durch Geschichtsfälscher vom Schlage Churchills in Umlauf gesetzt worden sind. Denn gerade auf solche Seifenblasen stützt dieser Feind des Friedens und der Demokratie seine Autorität; und die englischen Rundfunkpropagandisten berufen sich mit großem Eifer auf seine Schriften.

Die BBC fühlt sich auch beleidigt für den Feldmarschall Montgomery, den die „Neue Zeit“ als einen Schürer der Kriegspsychose in Westeuropa und als Prediger eines Angriffskrieges gegen die Sowjetunion angeprangert hat. Denn die Herren des Londoner Rundfunks widmen sich tagaus, tagein demselben dunklen Geschäft. Wie sollten sie sich durch Anschuldigungen nicht getroffen fühlen, die gegen diesen über Gebühr kriegerischen Herrn gerichtet waren?

Außerordentliches Mißfallen hat bei den Leitern des Britischen Rundfunks der von uns veröffentlichte Aufsatz „Wer die BBC verwaltet“ erregt, worin dokumentarisch die üble Rolle erwiesen war, die dem Apparat der englischen Funkpropaganda in den Händen eines Monopolistenklüngels als Werkzeug zur Vergiftung der internationalen Atmosphäre zufällt. Trachtet die BBC doch seit vielen Jahren, sich als „autonomes Organ der öffentlichen Meinung“ aufzuspielen. Wie

sollten da ihre Auftraggeber nicht außer sich geraten, wenn Tatsachen bekanntwerden, die eine völlige „Autonomie“ der BBC — aber bloß gegenüber dem englischen Volk und der englischen Öffentlichkeit — bezeugen?

Aus dem Wunsch, sich zu rechtfertigen und die eigene Reputation nach Möglichkeit zu verbessern, sind die erwähnten langatmigen Funkerwiderungen auf die Artikel der „Neuen Zeit“ geboren.

Vor allem versucht die BBC neuerdings, die dem Herzen der regierenden Klassen Englands teure Legende von der „Schlacht um England“ in Schutz zu nehmen, die neben der Legende des „Wunders von Dünkirchen“ den Ansprüchen Churchills und seiner Clique auf die Rolle von „Rettern“ des englischen Volkes zugrunde liegt.

Der in unserer Zeitschrift veröffentlichte Artikel (siehe Nr. 26 vom 22. Juni 1949) führt Tatsachen und Dokumente an, die zeigen, daß Hitler bei seinen Luftangriffen auf die britischen Inseln sich das Ziel setzte, dem englischen Volk Schrecken einzujagen und der regierenden „Münchener“ Clique also ein Übereinkommen mit dem faschistischen Deutschland zwecks gemeinsamen Vorgehens gegen die Sowjetunion zu erleichtern. Dieser heimtückische Plan ist vom englischen Volk durchkreuzt worden, das sich nicht einschüchtern ließ und die „Münchener“ zwang, den Widerstand gegen Hitlers Aggression fortzusetzen.

Der Londoner Rundfunk sieht in dieser Behauptung geradezu eine Gotteslästerung. Unter Berufung auf die Kriegsmemoiren Winston Churchills,

der aus begreiflichen Gründen gern in eigener Sache als Zeuge auftreten möchte, erklärt die BBC, Hitler hätte zwar gewünscht, aber nicht vermocht, in England zu landen, weil er die von Churchill geschickt durchgeführte Luftschlacht verloren hätte. Jede andere Version nennen die Londoner Funkkommentatoren „Unsinn und Entstellung der Wirklichkeit“. In der Absicht, die „Neue Zeit“ und ihre englischen Leser zu entzweien, geht die BBC so weit, unsere Zeitschrift des Mangels an Gewissenhaftigkeit zu bezichtigen.

Wir wollen nicht noch einmal auf die Tatsachen zurückkommen, die in unseren Artikeln angeführt waren. Beschränken wir uns darauf, zusätzliche Zeugnisse vorzulegen, die unlängst in England selbst publiziert worden sind, noch dazu von Leuten, deren Verlässlichkeit die BBC niemals in Zweifel gezogen hat.

Der reaktionäre britische Militärpublizist Liddel Hart, dessen politische Sympathien durchaus mit der Linie der englischen Rundfunkleiter übereinstimmen, schreibt in seinem kürzlich erschienenen Buch „Jenseits des Hügels“, das Aussagen hitlerfaschistischer Generale über den Kriegsverlauf wiedergibt, folgendes:

„Damals (1940) glaubten wir, England wäre durch den Widerstand gerettet worden, der der deutschen Luftwaffe in der ‚Schlacht um England‘ begegnete. Das war nur eine Teilerklärung, nur der Schlußteil der Erklärung. Die viel tiefer liegende Hauptursache war die, daß Hitler gar nicht wünschte, England zu erobern...“ (Von uns hervorgehoben. — Die Red.)

In demselben Buch führt Liddel Hart die Aussage des prominenten Hitlergenerals Blumentritt an, die deutschen militärischen Führer hätten in ihrem Kreis die Operation „Seelöwe“ (Invasion in England) „als Bluff betrachtet und auf Nachrichten über ein Abkommen mit England gewartet“... Liddel Hart fügt hinzu: „Die Sache war die, daß Hitler seinen Blick schon nach dem Osten gewandt hatte.“

Das Buch Liddel Harts ist in England wahrscheinlich in jeder Buchhandlung zu haben. Wer ernsthaft die Materialien studiert, die sich auf die „Schlacht um England“ und das „Wunder von Dünkirchen“ beziehen, kann sich leicht überzeugen, daß die Rundfunkklakaien Churchills vergebens ihre Zeit damit vergeuden, die blut- und schmutzbefleckte Münchner Rüstung Churchills auf Hochglanz zu polieren.

Wie leichtfertig die Mittel sind, womit der Londoner Rundfunk der Geschichte des zweiten Weltkriegs zu Leibe geht und die Artikel der „Neuen Zeit“, die den Münchner Politikern die Maske vom Gesicht reißen, anzuschwärzen sucht, zeigen auch andere Beispiele.

Im Hinblick auf den Artikel „Die dreifache Münchner Buchführung von 1939“ (Nr. 36 vom 31. August d. J.) hat die BBC den plumpen Versuch unternommen, unsere Zeitschrift des unlauteren Verhaltens anzuklagen. In dem erwähnten Artikel war eine Erklärung Keitels vor dem Nürnberger Kriegstribunal zitiert, worin der General davon sprach, Hitler wäre überzeugt gewesen, daß der Konflikt mit Polen keinen sofortigen militärischen Zusammenstoß im Westen nach sich ziehen würde. Keitel hat vor dem Nürnberger Gericht ausgesagt, Hitler habe 1939, im Augenblick des Überfalls auf Polen, nicht mehr als fünf Divisionen auf der „Siegfriedlinie“ stehen gelassen.

Die BBC bestreitet diese Tatsache und beruft sich auf die im Nürnberger Protokoll fixierte Erklärung Keitels, wonach er seine Aussage zurücknimmt und sich wegen seines Irrtums entschuldigt.

Der Redaktion der „Neuen Zeit“ war diese „Entschuldigung“ nicht minder gut bekannt als der BBC. Aber ebenso wie die BBC kennt auch unsere Redaktion die Herkunft der Keitelschen „Entschuldigung“. Dieser Zwischenfall hat seinerzeit in Journalistenkreisen kein geringes Aufsehen erregt. Keitel hatte seine Aussagen immer mit der peinlichen Genauigkeit eines preußischen Bürokraten gemacht. Das einzige Mal, da er ein Selbstmementi vorbringen mußte, stand er unter dem Druck von Göring und Heß. Dieses unvorsichtige Geständnis hat er am 4. April gemacht, einen Monat nach der Fulton Rede Churchills, die für die hitlerischen Kriegsverbrecher einen starken moralischen Auftrieb bedeutete. Auf der Anklagebank sitzend, schalteten sich Göring und Heß in Churchills sowjetfeindliches Spiel ein. Die Unvorsichtigkeit Keitels hatte dieses Spiel zu verderben gedroht, und darum zwangen sie ihn durch ihre Verteidiger, jene „Berichtigung“ ins Protokoll einfügen zu lassen. Rasch berief sich denn Keitel auf sein „schlechtes Gedächtnis“ und erklärte, seine Aussagen hätten sich nicht auf das Jahr 1939, sondern auf 1938 bezogen. Nur stellte er dabei nicht in Rechnung, daß unmöglich auf das Jahr 1938 eine von ihm gemachte Aussage gemünzt sein konnte, wonach

„die Franzosen, wenn sie zur Zeit des polnischen Feldzugs eine Offensive unternommen hätten, keinem deutschen Widerstand begegnet wären“.

Die „Entschuldigung“ Keitels, die in das Protokoll des Gerichtshofs Eingang fand, rief auf den Bänken der Journalisten ironische Bemerkungen hervor, ein Umstand, der in den offiziellen Dokumenten freilich nicht verewigt worden ist. Die „Berichtigung“ Keitels nahm damals niemand ernst. Es ist kennzeichnend, daß die amerikanische

Nachrichtenagentur Associated Press in einem aus London datierten Telegramm vom 13. April 1946, also neun Tage nach der berüchtigten „Entschuldigung“ Keitels, abermals den Wortlaut seiner ursprünglichen Aussagen anführt, ja sogar den Zusatz macht, diese Aussagen „hätten ermöglicht, jenes bisher ungeschriebene Kapitel aus der Geschichte des zweiten Weltkriegs in Angriff zu nehmen“.

So steht es um die „Berichtigungen“ des hitlerischen Kriegsverbrechers Keitel, auf die die BBC ihre Ausfälle gegen die „Neue Zeit“ gründet. Kann eine solche Argumentation die unbestreitbare Tatsache aus der Welt schaffen, daß die britischen und die französischen „Münchener“ in Wirklichkeit genau das taten, was Hitler erwartet hatte: sie traten nicht zum Schutze Polens in den Krieg ein.

Auch ihr advokatenhaftes Plaidoyer zur Verteidigung des Feldmarschalls Montgomery baut die BBC auf der Berechnung auf, daß ihre Hörer schlecht unterrichtet und leichtgläubig seien. Der Londoner Rundfunk behauptet, die „Neue Zeit“ habe die Äußerungen Montgomerys entstellt, als sie ihm die Absicht zuschrieb, einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion zu führen. Als Beweis führt die BBC das Argument an, in den Reden Montgomerys fänden sich keine direkten Aufrufe zum Feldzug gegen die Sowjetunion, zur Annexion ihres Staatsgebiets und zur Versklavung ihrer Völker.

In der Tat bevorzugt Montgomery Auslassungen über jene Aufgaben, die die Verteidigung „des Christentums und der westlichen Zivilisation“ mit sich bringe. Er ist klug genug, nicht geradezu die Bombardierung sowjetischer Städte zu fordern, wie dies manche amerikanische Generale tun. Aber haben etwa die Hitlerleute von Aggression geredet, als sie Österreich und die Tschechoslowakei besetzten und in Polen einfielen? Nein, auch sie redeten laut vom Schutz der „westlichen Zivilisation“. Mit Leib und Seele für „Verteidigung“ eintreten und in Wirklichkeit die Aggression vorbereiten und den Giftsamen der Kriegshysterie säen, das sind alte und längst entlarvte Praktiken der Kriegstreiber!

Was die BBC aber ihren Hörern vorenthält, ist die Tatsache, daß die aggressiven Reden Montgomerys sogar das englische Parlament schokiert hatten. Am 26. Juli, einen Tag vor dem Erscheinen der Nummer 31 unserer Zeitschrift mit der Notiz über Montgomery, hatte der Labourabgeordnete Chamberlain im Unterhaus an Attlee die Anfrage gerichtet:

„... ob es nicht unerwünscht sei, daß so hohe Offiziere wie Feldmarschall Lord Montgomery Reden halten dürfen, die in so hohem Maße

provozierend und kriegerisch sind, wie dies bei ihm kürzlich der Fall war“.

Attlee zog sich aus der Affäre, indem er erklärte, er wisse nichts von einer solchen Rede. Auch die BBC stellt sich jetzt unwissend, sie hätte von der Sache keine blasse Ahnung. Demnach hören ihre Auftraggeber entweder keine Londoner Sendungen oder sie lesen nicht die englischen Zeitungen, die sich mit der Person Montgomerys eingehend befassen und gern Meldungen über seine Hetzreden abdrucken. Doch wer wird das glaubhaft finden?

Einen vollends jämmerlichen Eindruck erwecken die Versuche der Leiter der Britischen Rundfunkgesellschaft, im Hinblick auf den in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Artikel „Wer die BBC verwaltet“ (Nr. 34 vom 17. August 1949) ihr Alibi nachzuweisen. Verdutzt wie ein nächtlicher Raubvogel, der plötzlich ins hellste Licht gerät, verloren die BBC-Kommentatoren für einen Monat überhaupt die Gabe der Rede. Dann brachen sie in eine wilde Schimpferei aus, nannten unseren Artikel eine „phantastische Karikatur“ und einen „Nebelschleier“.

Bei der Schimpferei ist es eigentlich geblieben, denn der Londoner Rundfunk selbst war gezwungen, zuzugeben, daß die „Phantasien“ der „Neuen Zeit“ genau mit den Angaben der englischen offiziellen Nachschlagewerke übereinstimmen. Die Versuche der BBC, Einzelangaben aus unserem Artikel zu widerlegen, zeichnen sich durch äußerste Hilflosigkeit aus.

So war in unserem Artikel darauf hingewiesen worden, daß dermaßen bedeutende Vertreter der englischen Kultur wie Bernard Shaw und die Wissenschaftler Blackett, Haldane, Bernal dem Hauptbeirat der BBC nicht angehören. Eine Unwahrheit! — widerspricht der Londoner Rundfunk. „Die Werke Bernard Shaws werden von der BBC ständig gesendet, die Gelehrten Haldane, Blackett und Bernal haben das volle Recht, ihre Meinungen in den BBC-Sendungen auszusprechen.“ Aber ist denn dies eines und dasselbe? Ist etwa eine Sendung von Shaws „Cäsar und Cleopatra“ im englischen Rundfunk gleichbedeutend mit der Teilnahme des Autors oder anderer Repräsentanten der englischen Kultur an der Festlegung der Politik des Rundfunkwesens, die gegenwärtig von unversöhnlichen Feinden der fortschrittlichen Bewegung diktiert wird, welche sich im Hauptbeirat verschanzt haben?

Nach der gleichen Methode werden auch die übrigen „Dementis“ aufgebaut. In unserem Artikel war gesagt worden, daß die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsausschusses mit dem Monopolkapital verbunden ist. Die BBC kann

dagegen nichts ins Treffen führen. So versucht sie wenigstens einzuwenden, der Maschinenbaukonzern Henry Simon, Ltd., an dessen Spitze der Leiter der BBC, Lord Simon of Wythenshawe, steht, wäre gar kein monopolistisches Unternehmen. Und dieser Einwand erhält folgende tief sinnige Erläuterung: der erwähnte Konzern arbeite „in einem Industriezweig, wo eine starke Konkurrenz herrscht, somit kann man ihn keineswegs monopolistisch nennen“. Das ist doch hanebüchener Unsinn! Das gesamte englische Kapital muß gegenwärtig „auf Gebieten arbeiten, wo eine starke Konkurrenz herrscht“, zumindest die amerikanische. Heißt das vielleicht, daß in Großbritannien überhaupt keine Monopole bestünden?

Die BBC ist schrecklich ungern bereit, zuzugeben, daß sie von Vertretern reaktionärer Kreise, von Militaristen und Agenten des Monopolkapitals verwaltet wird. Aber in unserer Zeitschrift waren die Namen dieser Leute angeführt und sie hatten auch eine auf Tatsachen gegründete Charakteristik erhalten. Darum bleibt für die Londoner Rundfunkpolitiker nichts übrig, als die Pose der beleidigten Unschuld einzunehmen. Viele dieser Herren, so wird nun deklamiert, haben sich in der Kriegszeit ausgezeichnet — nämlich in Stäben, im Aufklärungsdienst und ähnlichen Organen. Diese plumpe Rechtfertigung bestätigt freilich nur die Tatsache, daß die BBC wirklich eine Filiale des englischen Spionagedienstes vorstellt, und zwar seine Propagandaabteilung, die besonders unsaubere Aufträge zu erfüllen hat.

Am empfindlichsten fühlt sich die BBC durch die in unserer Zeitschrift nachgewiesene Tatsache getroffen, daß das englische Volk, in dessen Namen der Londoner Rundfunk auftritt, unter den gegenwärtigen Bedingungen gar keine Möglichkeit hat, auf die Richtung der Sendungen Einfluß zu nehmen. Aber auch hier können die Londoner Kommentatoren sachlich nicht das geringste einwenden. Das einzige, was die BBC als „Widerlegung“ vorzubringen weiß, ist die Bemerkung, daß alle zehn Jahre einmal in England eine Art gesellschaftliches Komitee gebildet wird, „welches die Satzung, die Verwaltung und Finanzgebarung der BBC überprüft“. Gegenwärtig funktioniert angeblich ein solches Komitee, wengleich von seiner Arbeit niemand etwas weiß. Über die Zusammensetzung dieses „gesellschaftlichen Komitees“ kann die BBC nichts anderes vorbringen, als daß ein Genossenschaftsfunktionär namens Rees sein Mitglied ist. Weshalb eine solche Zurückhaltung in den Mitteilungen über dieses Komitee? Nicht etwa darum, weil ihm als „Vertreter der Öffentlichkeit“ eben jene Monopolherren angehören, die im Verwaltungsausschuß und auch im Hauptbeirat der BBC sitzen? Was mit alledem das englische Volk zu tun haben soll, bleibt unklar.

So sehen, mit Verlaub gesagt, die Argumente aus, mittels deren die BBC auf die Artikel unserer Zeitschrift zu erwidern versucht. Die Leiter der BBC haben auf Tatsachen mit den gewohnten Lügen und Verschleierungen geantwortet und somit nur ihren eigenen Bankrott bescheinigt.

17. September

Die provisorische Demokratische Regierung Griechenlands stellt allen auf der UNO-Vollversammlung vertretenen Delegationen ein Memorandum zu, in dem vorgeschlagen wird, dem Bürgerkrieg in Griechenland durch demokratische Übereinkunft ein Ende zu machen.

In Prag wird eine Tagung des Vollzugsausschusses des Internationalen Journalistenverbandes geschlossen.

Die Konstituierende Versammlung Indiens faßt Beschluß über eine Doppelbenennung des Landes: im internationalen Verkehr heißt der Staat Indien, im inneren Bharat (alte Bezeichnung des Landes).

In Venedig endet der 21. Weltkongreß des PEN-Clubs (internationale Schriftstellerorganisation). Auf dem

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

September 1949

Kongreß wurde eine Protestresolution gegen Kriegspropaganda beschlossen.

18. September

In Cleveland (USA) endet eine von der Progressiven Partei der Vereinigten Staaten einberufene Landeskonferenz, auf der Fragen des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit und gegen die heraufziehende Wirtschaftskrise erörtert wurden.

Von den Regierungen Australiens, Neuseelands, Eires (Irlands), der

Südafrikanischen Union, Dänemarks, Norwegens, Indiens, des Staates Israel und Ägyptens wird eine Währungsabwertung durchgeführt.

Schluß der Internationalen Industriemesse in Plowdiw (Bulgarien).

19. September

Zur Teilnahme an der vierten Tagung der UNO-Vollversammlung trifft in New York die von A. J. Wyschinski, Außenminister der UdSSR, geführte Sowjetdelegation ein.

Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend übersendet der Weltföderation der Demokratischen Jugend eine Erklärung mit der Bitte, sie der UNO vorzulegen und zu unterstützen. Die Erklärung enthält einen Protest gegen die von den USA geplante Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die im Braunkohlenbergbau der USA beschäftigten Arbeiter treten in Streik. Die Ausständigen fordern von den Grubenbesitzern die Einlage der Beiträge zum Bergarbeiter-Pensionsfonds gemäß dem Kollektivvertrag. Die meisten Belegschaften der Anthrazitkohlenruben stellen ebenfalls die Arbeit ein.

Von den Regierungen Kanadas, Birmas, Schwedens, Italiens, Finnlands, Frankreichs, Islands und Malaya wird eine Währungsabwertung durchgeführt.

Eröffnung des australischen Gewerkschaftskongresses in Sydney.

In England werden die Preise für Brot (um 30 Prozent) und für Mehl erhöht.

20. September

In Flushing Meadows (bei New York) wird die vierte Tagung der UNO-Vollversammlung eröffnet. Die USA-Delegation setzt die Wahl des philippinischen Delegierten Carlos P. Romulos zum Präsidenten der Vollversammlung durch.

Die Sowjetregierung sendet der italienischen Regierung eine Antwort auf deren Note vom 28. Juli betr. den Beitritt Italiens zum Nordatlantischen Vertrag. Die Sowjetregierung hält ihre Stellungnahme zum aggressiven Charakter des Nordatlantischen Vertrags, wie sie in der Sowjetnote vom 19. Juli dargelegt wurde, vollkommen aufrecht und macht die italienische Regierung darauf aufmerksam, daß diese den Friedensvertrag verletzt hat und dafür die Verantwortung trägt. Gleichzeitig stellt die Sowjetregierung den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs Noten zu, in denen von neuem auf die Verantwortlichkeit verwiesen wird, die diese Regierungen durch eine solche Verletzung des Friedensvertrags mit Italien auf sich laden.

Der Vereinigungskongreß der albanischen Jugend in Skodër (Skutari) wird geschlossen.

Von den Regierungen Ceylons und Hollands wird eine Währungsabwertung durchgeführt.

Die 50. Internationale Jubiläumsmesse in Prag wird geschlossen.

Auf der New Yorker Börse wird der für dieses Jahr stärkste Sturz der Aktienkurse verzeichnet.

21. September

Die Sowjetpresse veröffentlicht einen Glückwunsch J. W. Stalins an Marcel Cachin anlässlich seines 80. Geburtstages.

In Peiping wird die Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes eröffnet, die zur Bekanntgabe der Konstituierung der Volksrepublik China und zwecks Bildung einer zentralen Volksregierung einberufen wurde. An der Konferenz nehmen 636 Personen teil.

In Moskau trifft eine von Fernand Seynaeve, Direktor der geographischen Abteilung des belgischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel, geführte belgisch-luxemburgische Handelsdelegation ein.

Der 2. Landeskongreß der Konföderation der landwirtschaftlichen Arbeiter Italiens wird in Reggio nell'Emilia eröffnet. An der Konferenz nehmen 600 Delegierte als Vertreter von etwa 2 Millionen Bauern und Landarbeitern teil.

Von den Regierungen Belgiens, Portugals, Luxemburgs und des Iraks wird eine Währungsabwertung durchgeführt.

22. September

Die Weltföderation der Gewerkschaften erläßt einen Aufruf an die Werktätigen aller Länder zum Internationalen Friedenstag.

In England werden die Preise für Kupfer, Blei, Zink und Aluminium um 20—40 Prozent erhöht.

23. September

A. J. Wyschinski, der Führer der Sowjetdelegation, bringt in der Plenarsitzung der UNO-Vollversammlung einen Antrag gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges ein, der auch die Forderung des Atomwaffenverbots enthält. In dem Antrag wird der Wunsch geäußert, die USA, Großbritannien, China, Frankreich und die Sowjetunion sollten unter-

einander einen Pakt zur Festigung des Friedens schließen.

In Bulgarien wird das Markensystem für Zucker aufgehoben und der Verkauf von Zucker freigegeben. Die neuen Einheitspreise für den Zuckerverkauf im Kleinhandel sind um 40 Prozent niedriger als bisher.

General Bradley wird zum USA-Vertreter im Militärkomitee des gemäß dem aggressiven Nordatlantischen Vertrag gebildeten sogenannten „Verteidigungsrats“ ernannt.

24. September

Vom Budapester Volksgericht wird das Urteil in Sachen des Staatsverbrechens Rajk und Komplizen verkündet. Die Angeklagten László Rajk, Tibor Szönyi und András Szalai wurden zum Tode, Lazar Brankov und Pál Jusztusz zu lebenslänglichem Zuchthaus, Milan Ognenovic zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilt. György Pálffy und Béla Korondi werden als Militärangehörige dem Kriegsgericht übergeben.

25. September

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion (TASS) veröffentlicht anlässlich einer Erklärung Trumans und der Erdichtungen ausländischer bürgerlicher Presseorgane über eine „Atomexplosion“ in der Sowjetunion eine Mitteilung. Zur Frage der Atomenergieerzeugung erinnert die TASS an die schon am 6. November 1947 von Außenminister W. M. Molotow gegebene Erklärung, daß das Geheimnis der Atombombe schon lange nicht mehr existiert. „Diese Erklärung“, so heißt es in der TASS-Mitteilung, „bedeutete, daß die Sowjetunion bereits das Geheimnis der Atomwaffe entdeckt hat und über diese Waffe verfügt.“ Gleichzeitig wird in der TASS-Mitteilung betont, daß keinerlei Gründe zu der Besorgnis vorliegen, die in diesem Zusammenhang von gewissen ausländischen Kreisen verbreitet wird: „Obwohl die Sowjetregierung im Besitz der Atomwaffe ist, steht sie auf ihrem alten Standpunkt des bedingungslosen Verbots der Anwendung der Atomwaffe und beabsichtigt, auch in Zukunft auf diesem Standpunkt zu beharren.“

VERLAGS ANZEIGEN

STAATSVERLAG FÜR SCHÖNE LITERATUR

Neuerscheinungen:

KLASSISCHE RUSSISCHE LITERATUR

- N. W. GOGOL — *Erzählungen*. 556 S., Rbl. 8,50
Inhalt: Abende auf dem Gutshof von Dikanka. Mirgorod. Petersburger Erzählungen.
- N. W. GOGOL — *Der Revisor*. Komödie in fünf Akten. („Massenserie.“) 88 S., Rbl. 1,30
- MAXIM GORKI — *Gesammelte Werke*. Dritte Auflage. Band XI. Erzählungen. Schauspiele. (1922—1936.) 580 S., Rbl. 10,—
- W. G. KOROLENKO — *Der blinde Musikant*. (Studie.) („Massenserie.“) 128 S., Rbl. 2,—
- W. G. KOROLENKO — *Makars Traum. Der Wald rauscht*. („Massenserie.“) 64 S., Rbl. —,80
- I. A. KRYLOW — *Fabeln*. Zweite Auflage. („Massenserie.“) 120 S., Rbl. 1,25
- N. A. NEKRASSOW — *Sämtliche Werke und Briefe*. Band V. Erzählungen und Feuilletons. 1840 bis 1850. 648 S., Rbl. 16,—
- A. F. PISSEMSKI — *Tausend Seelen*. Roman in vier Teilen. Mit einem Nachwort von I. A. Martynow. (Serie „Bibliothek des russischen Romans“.) 496 S., Rbl. 7,75
- A. S. PUSCHKIN — *Eugen Onegin*. Roman in Versen. (Serie „Bibliothek des russischen Romans“.) 184 S., Rbl. 3,50
- A. N. RADISCHTSCHEW — *Ausgewählte Werke*. Mit einer Einleitung von G. P. Makogonenko. 856 S., Rbl. 16,—
Prosa. Poesie. Philosophie. Briefe aus der sibirischen Verbannung. Unveröffentlichte Werke.
- I. S. TURGENJEW — *Am Vorabend*. Roman. („Massenserie.“) 152 S., Rbl. 2,60
- I. S. TURGENJEW — *Neuland*. Roman in zwei Teilen. Nachwort und Anmerkungen von K. I. Bonezki. (Serie „Bibliothek des russischen Romans“.) 296 S., Rbl. 5,25
- I. S. TURGENJEW — *Väter und Söhne*. Nachwort von G. A. Bjaly. (Serie „Bibliothek des russischen Romans“.) 208 S., Rbl. 3,75
- I. S. TURGENJEW — *Erzählungen*. (Aus dem „Tagebuch eines Jägers“.) Zweite Auflage. („Massenserie.“) 72 S., Rbl. —,80
- G. I. USPENSKI — *Erzählungen*. Zweite Auflage. („Massenserie.“) 120 S., Rbl. 1,50
- N. G. TSCHERNYSCHEWSKI — *Sämtliche Werke in fünfzehn Bänden*.
Band II. Aufsätze und Rezensionen 1853 bis 1855. 944 S., Rbl. 18,—
Band XIV. Briefe 1838—1876. 900 S., Rbl. 18,—
- A. P. TSCHECHOW — *Sämtliche Werke und Briefe*.
Band XIV. Briefe 1888/89. 684 S., Rbl. 15,—
Band XVI. Briefe 1893—1896. 630 S., Rbl. 15,—

LITERATUR SLAWISCHER VÖLKER DES AUSLANDS

- A. MICKIEWICZ — *Gesammelte Werke in fünf Bänden*. Band II. 352 S., Rbl. 16,—

Herr Thaddäus, oder der letzte Eintritt in Litauen. Geschichte der Schlachtschitzen 1811/12.

- L. STOJANOFF — *Mechmed Sinap*. Geschichte eines Aufstands. Aus dem Bulgarischen. 112 S., Rbl. 1,75

Historische Erzählung eines modernen bulgarischen Schriftstellers über den nationalen Befreiungskampf des bulgarischen Volkes gegen die türkischen Unterdrücker.

AUSLÄNDISCHE LITERATUR

- J. VALLES — *Jacques Vingtras*. Trilogie. Kindheit — Bakkalaureus — Insurgent. Aus dem Französischen. 824 S., Rbl. 13,50

HENRY FIELDING — *Die abenteuerliche Geschichte Joseph Andrews und seines Freundes Mr. Abraham Adams*. Geschrieben in der Manier Cervantes', des Verfassers von „Don Quichotte“. Aus dem Englischen. 396 S., Rbl. 10,—

WILLIAM SHAKESPEARE — *Sämtliche Werke in acht Bänden*. Band VII. Komödie der Irrungen Titus Andronicus. Troilus und Cressida. Maß für Maß. Perikles. 640 S., Rbl. 20,—

Alles in russischer Sprache

DIE **NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE **NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHERHEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF GEGEN DIE KRIEGSBRANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE **NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFTSTELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENTLICHEN LEBENS.